



Zur Sache

Sachbericht 2021

Notdienst für Suchtmittelgefährdete und -abhängige Berlin e.V.



Sachbericht 2021
Notdienst für Suchtmittelgefährdete und
-abhängige Berlin e.V.

1.	Vorwort und Vereinsentwicklung	04
2.	Der Notdienst für Suchtmittelgefährdete und -abhängige Berlin e.V.	10
2.1.	Kurzstrecke Zahlen und Fakten 2021	12
2.2.	Organigramm	17
3.	Fachbereiche	18
3.1.	<i>Ambulante Suchtberatung</i>	18
3.1.1.	Drogennotdienst	18
3.1.1.1.	Jugend und Alkohol	21
3.1.1.2.	Guidance	22
3.1.1.3.	SONAR – Safer Nightlife Berlin	23
3.1.1.4.	Streetwork Tempelhof-Schöneberg	24
3.1.2.	LogIn	26
3.1.3.	Alkohol- und Medikamentenberatungsstelle	28
3.2.	<i>Jugend und Familienhilfe Escape</i>	30
3.2.1.	Mobile Familiensprechstunde MOFA	31
3.3.	<i>Soziale Teilhabe (Psychosoziale Betreuung und Betreutes Wohnen)</i>	33
3.3.1.	Ambulante Psychosoziale Betreuung	34

3.3.2.	Betreutes Wohnen im Wohnverbund	37
3.4.	<i>Beschäftigung, Qualifizierung, Tagesstruktur</i>	39
3.4.1.	Tageswerkstatt	39
3.4.2.	Kiezcleaner und Fegeflotte	42
3.5.	<i>Frauentreff Olga</i>	43
3.6.	<i>Notübernachtung Krisenwohnung</i>	46
4.	Vereinsweites	48
4.1.	Geschäftsstelle	48
4.2.	Vereinsverwaltung	48
4.3.	Qualitätsmanagement	49
4.4.	Öffentlichkeitsarbeit	49
4.5.	Fortbildung	50
4.6.	Personal	50
4.7.	Kooperation und Netzwerke	50
5.	Finanzierung	52
6.	Fazit	56



1. Vorwort und Vereinsentwicklungen

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Unterstützer*innen des Notdienst Berlin e.V., liebe Mitarbeiter*innen,

auch das Jahr 2021 stand unter dem Zeichen der Corona-Pandemie. Es hat sich im Umgang damit eine gewisse Routine eingestellt, nichtsdestotrotz war unsere Arbeit durch die Maßnahmen deutlich eingeschränkt.

Was uns noch in 2021 beschäftigt hat:

Gehaltsentwicklung

Die sehr positive Entwicklung der Gehälter der letzten Jahre konnten wir fortsetzen. In 2021 ist es uns gelungen, unsere Betriebsvereinbarung zu erweitern, um die neuen Entgeltgruppen und Gehaltsanpassungen der S+E Tabelle des Öffentlichen Dienstes für die pädagogischen Mitarbeiter*innen bei uns abbilden zu können. Sehr gefreut haben wir uns darüber, dass die Mittel für die zum Teil sehr erheblichen Erhöhungen vom Land Berlin für die Zuwendungsprojekte bereitgestellt worden sind.

Die Umsetzung war ein großer Kraftakt. Es musste eine neue Tabelle in unsere Betriebsvereinbarung eingefügt werden. Das haben Geschäftsführung und Betriebsrat verhandelt. Danach mussten alle pädagogischen Mitarbeiter*innen einzeln in die neue Tabelle überführt werden. Besondere Herausforderungen waren dabei die neuen Stufenlaufzeiten, die der Tarif TV-L für die S+E Tabelle vorsieht, der enorme Zeitdruck durch langwierige Abstimmungsprozesse im Bereich der Zuwendung und die knappen Personalressourcen, die uns für die Verwaltung zur Verfügung stehen. Aber am Ende haben wir es gemeinsam geschafft.

Die Mitarbeiter*innen, die nicht in die neue Tabelle überführt worden sind, erhielten eine Gehaltsanpassung von 1,29 %.

Auch eine Jahressonderzahlung in Höhe von 74 % bzw. 84 % eines Bruttomonatslohns haben wir geleistet. Damit haben wir das von uns selbst gesteckte Ziel, unsere Mitarbeiter*innen nicht schlechter zu vergüten als vergleichbare Mitarbeitende des Öffentlichen Dienstes, in 2021 erreicht.

Landesstrategie Sucht

Im Berichtsjahr startete ein Prozess, der vor allem durch unseren Spitzenverband, den Paritätischen Berlin e. V., maßgeblich angestoßen wurde: In Berlin wird bis 2023 eine Landesstrategie Drogen und Sucht entwickelt. Damit werden die Planungen in dem Bereich endlich aktualisiert; die letzten Planungsverabredungen stammen aus dem Jahr 1997.

Wir erarbeiten Aussagen für eine künftige Planung und Steuerung der Suchthilfe, die auf einer Bestandsaufnahme und Vorschlägen für die Weiterentwicklung der Versorgung basieren. Mit der Durchführung beauftragte das Land das Forschungsinstitut delphi, die Geschäftsführung des Notdienstes ist im Beirat des Planungs- und Entwicklungsgremiums vertreten.

Software

Der Einsatz unserer neuen Software Daarwin schreitet voran. Für die Vorbereitung benötigten wir noch das ganze Jahr 2021. Seit Januar 2022 dokumentieren nun aber alle Einrichtungen der Psychosozialen Betreuung und des Betreuten Wohnens über Daarwin. Die Abrechnung der Leistungen findet zentral in der Hauptverwaltung statt.

Die Umstellung auf die neue Software wurde genutzt, Arbeitsprozesse kritisch anzusehen und zu überarbeiten und uns unter anderem auch unserem Ziel des papierlosen Büros weiter anzunähern. Die Ausgangsrechnungen werden nun digital vom Programm Daarwin an die Finanzbuchhaltungssoftware übergeben und archiviert. Der Papierausdruck entfällt damit. Wenn nun noch das Projekt elektronische Rechnungslegung von Seiten des Landes bzw. der Bezirke vorankommt, wäre ein Beitrag für die Umwelt geleistet und Kosten für Papier und Porto könnten eingespart werden.

Unserem Ziel, dass alle Fachbereiche die Software Daarwin für ihre Dokumentation und Abrechnung nutzen, sind wir in 2021 einen großen Schritt näher gekommen. Für das kommende Jahr 2022 ist die Überführung unter anderem der Beratungsstellen in die Software Daarwin geplant.

AID Kreuzberg

Ende 2020 zeichnete sich langsam ab, dass unser am 31.12.2021 auslaufender Mietvertrag nicht verlängert wird. Die Eigentümerin des Hauses, die Malteser-Stiftung, plante, das Haus kernzusaniieren. Mehrmalige Gespräche, in denen wir auch angeboten/angefragt hatten, nach der Sanierung wieder Räume im Objekt anzumieten, wurden abschlägig beantwortet. Wir beauftragten umgehend einen Makler und verfolgten auch selbst intensiv den Immobilienmarkt. Leider ohne jeden Erfolg. Wenn ein Objekt passend schien, wurde uns abgesagt, da es gegenüber unserem Klientel Vorbehalte gab (auch bei landeseigenen Gesellschaften) oder die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen nicht passten.

Auf umgehende Information der Senatsverwaltung und der Bitte um Unterstützung, setzten sich die Landessuchtbeauftragte, Frau Köhler-Azara und Ihre Kolleg*innen unter anderem mit einem Letter of Intent für potentielle Vermieter*innen für unser Anliegen ein. Leider ohne Erfolg. Im Sommer des Jahres ergab es sich, dass wir in Moabit Räume angeboten bekamen, die sehr gut gepasst hätten. Leider zog die Eigentümerin im letzten Moment zurück.

Als eine letzte Möglichkeit organisierten wir dann im November 2021 eine Demonstration vor der Einrichtung in der Kochstraße, um Presse und Medien und damit eine breite Öffentlichkeit auf unsere Lage aufmerksam zu machen. Das Medienecho war groß, die wichtigen Berliner Medien – von Tagesspiegel, Berliner Zeitung und taz über rbb bis hin zur Deutschen Welle – berichteten. Allein, es führte nicht zu der gewünschten dauerhaften Lösung.

Wenigstens wurde auf diese Aktion hin von Frau Senatorin Breitenbach, Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales, doch noch der Kontakt zum Berliner Immobilien Management (BIM) hergestellt. Mit Hilfe des BIM konnte eine Übergangslösung in einem Gebäudetrakt des ehemaligen Vivantes Klinikums in der Fröbelstraße 15 in Berlin Pankow realisiert werden.

Allerdings stehen uns diese Räume nur bis August 2023 zur Verfügung. Eine dauerhafte Perspektive gibt es weiterhin nicht – auch eine vielversprechende Option in Berlin Steglitz zerschlug sich letztlich von Seiten des Vermieters. Wir bleiben dran.

Krisenwohnung

In 2021 mussten wir wieder einmal mit der Krisenwohnung umziehen. Die Räume in der Rathenower Str. 16, in die wir im April 2018 eingezogen waren, wurden abgerissen. Dass es nur eine vorübergehende Bleibe sein würde, wussten wir bereits beim Einzug. Dass es dann aber doch so schnell ernst werden würde, hätten wir nicht gedacht. Zum Glück stellte uns der Vermieter neue Räume auf demselben Gelände in einem Bestandsgebäude zur Verfügung. Allerdings waren leider umfangreiche Umbaumaßnahmen nötig, um die Räume als Krisenübernachtung für obdachlose suchtkranke Menschen nutzen zu können. Zunächst war ein Umzug ohne Unterbrechung der Öffnungszeiten geplant. Das stellte sich aber sehr schnell als sehr unrealistisch heraus. Die neue Bleibe ist ein Haus aus den 70ern, in dem weitgehend seit dem Bau keine Instandhaltungsmaßnahmen mehr durchgeführt wurden. Bei den Umbauarbeiten stieß man schnell auf unvorhergesehene Probleme. Die Corona Pandemie und die Baufirmen- und Baumittelknappheit führten zusätzlich zu Verzögerungen. Nachdem dann im April 2022 alles fertig war, gab es Probleme mit der Brandschutzabnahme. Ein zusätzlicher Brandabschnitt musste in die doch recht überschaubaren Räume eingezogen werden, der Einbau einer Brandmeldeanlage wurde als notwendig erachtet. Wir hoffen, im August 2022 endlich die abschließende Betriebserlaubnis zu erhalten, um den Betrieb in den wirklich schönen neuen Räumen dann in vollem Umfang aufnehmen zu können.

Drogennotdienst und neuer Kontaktladen in der Bülowstr. 106

In 2020 konnten wir einen Standort in der Bülowstraße 106, unweit des Drogennotdienstes, anmieten. Dort sollte eigentlich schon in 2021 ein Kontaktcafé für suchtkranke Menschen und die offenen Sprechstunden des Drogennotdienstes in Betrieb gehen. Leider zogen sich die Umbauarbeiten bis ins Jahr 2022 hin. Die erforderlichen Arbeiten waren ausgesprochen umfangreich. Die Räume mussten vollständig hergestellt werden. Angefangen vom Austausch der alten Schaufenster gegen eine moderne und für den Zweck nutzbare Fensterfassade, über die Grund-



Bauverzug: Kontaktladen Büloeck wird 2022 fertig gestellt

sanierung bzw. den Aufbau einer Heizungsanlage und eines Sanitärbereichs bis hin zum Ausbau von Büro- und Gruppenräumen musste alles geplant und gebaut werden. Und das in Zeiten von Corona, fehlenden Baufirmen und -materialien. Sehr unterstützt wurden wir von der Senatsverwaltung für Gesundheit und der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung. Ohne die Bereitstellung von Zuwendungsmitteln wäre der Umbau für uns nicht möglich gewesen. An dieser Stelle einen ganz herzlichen Dank an alle Beteiligten.

Angebotserweiterung OLGA

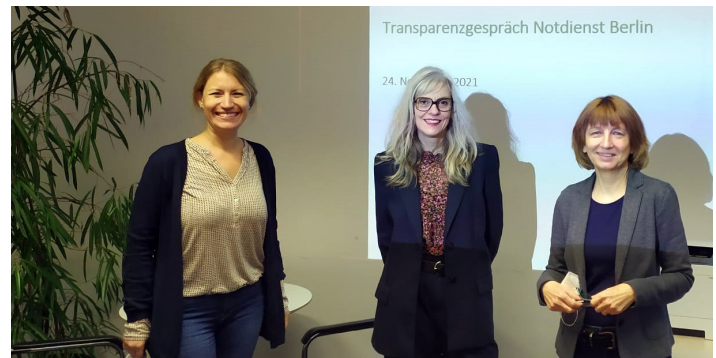
Die Mitte 2020 erfolgte Erweiterung der Öffnungszeiten des Frauentreffs Olga verbunden mit einer Ausweitung des Streetwork-Angebots hat sich bewährt. Die notwendigen personellen Strukturen konnten stabil aufgebaut werden. Für unsere Klientinnen ein echter Gewinn.

Notdiensttag 2021

Am 11. August 2021 fand unser Notdienst-Tag statt – Live und in Farbe, dank unseres Hygienekonzeptes und einer internen Impfquote von 95% der Mitarbeiter*innen. Es hat uns sehr gefreut, alle endlich auch persönlich und nicht nur im Videocall wiederzusehen. In diesem Jahr standen unter anderem geplante Strukturveränderungen im Fokus. Nach einem kurzen Rückblick auf die Notdienst-Historie und den Blick auf die aktuelle Lage des Trägers präsentierte die Geschäftsführung Überlegungen zur künftigen Organisationsstruktur des Notdienstes. Herzstück dieser neuen Struktur ist die Abschaffung der bisherigen Fachbereichsleitungen. Die Einrichtungsleiter*innen werden der Geschäftsführung direkt unterstellt, die fachliche Entwicklung fördern Fachreferent*innen. Diese neue Struktur soll ab 2022 greifen und wird im kommenden Sachbericht vertieft vorgestellt.

Transparenzgespräch

Am 24. November 2021 fand nun zum vierten Mal unser strukturiertes Notdienst-Transparenzgespräch statt – erneut unter Corona Bedingungen in digitaler Form. Via „MS-Teams“ stellten Geschäftsführung und



N. Gnielka (Verwaltungsassistentz), C. Loss (Controlling), P.Israel-Reh (GF) präsentieren die Zahlen

Controlling den Jahresabschluss und relevante Klient*innenzahlen des Wirtschaftsjahres 2020 vor. Wie bereits im Vorjahr wurde abschließend sowohl ein Rück- als auch Ausblick der Gehaltsentwicklungen im Notdienst Berlin e.V. präsentiert.

Vielen Dank

Natürlich möchten wir uns an dieser Stelle wieder ganz herzlich bei all unseren Unterstützer*innen bedanken. Ohne Sie wäre die Umsetzung unserer Arbeit und unseres Auftrages so nicht möglich. Unser besonderer Dank gilt, wie in jedem Jahr, unserem Vereinsvorstand und natürlich allen unseren Mitarbeiter*innen, die auch im zweiten Jahr der Pandemie nicht an Energie verloren und sich weiter mit großem Engagement für unsere Klient*innen einsetzten. Und nicht zuletzt danken wir unseren Klient*innen für das Vertrauen, dass sie in uns setzen. Vielen Dank Ihnen Allen!

Petra Israel-Reh
Geschäftsführung

Michael Frommhold
Geschäftsführung

2. Notdienst Berlin e.V.

Der Notdienst für Suchtmittelgefährdete und -abhängige Berlin e.V. (Notdienst Berlin e. V.) wurde 1984 gegründet und wendet sich mit seinen Hilfeangeboten an Menschen mit einer Suchterkrankung. Auch nicht suchterkrankte Personen, die ihr Konsumverhalten reflektieren oder verändern wollen, sind bei uns willkommen. Zusätzlich informieren wir über Wirkungen und Risiken von Substanzkonsum.

Nicht nur Abstinenz, auch ein kontrollierter, verantwortungsvoller Umgang mit Suchtmitteln kann ein Schritt in ein gesünderes und selbstbestimmteres Leben sein. Eine jahrelange Suchtmittelabhängigkeit führt sehr häufig zu gesundheitlichen, sozialen und finanziellen Problemen wie Schulden, Wohnungs- und Arbeitslosigkeit sowie gesellschaftlicher Isolation. Daher sind wir der festen Überzeugung, dass nur eine Kombination aus verschiedenen, aufeinander abgestimmten Hilfen den Betroffenen eine sinnvolle und nachhaltige Perspektive eröffnen kann. Wir unterstützen bei der gesellschaftlichen Re-Integration, der Teilnahme am gesellschaftlichen Leben und der Entwicklung einer sinnstiftenden Tagesstruktur und Aufgabe.

Ein Schwerpunkt unserer Arbeit liegt in der Unterstützung von Kindern, Jugendlichen und ihren Familien. Das Thema Kinderschutz haben unsere Mitarbeiter*innen immer im Fokus.

Unsere fachlichen Schwerpunkte liegen in den Bereichen:

- Ambulante Beratung (Beratungsstellen und 24h Beratungshotline)
- SONAR – safer Nightlife Berlin (Kooperationsprojekt, Beratung im sog. Partydrogenkontext)
- Niederschwellige Hilfen (Streetworkprojekte, Kontakt- und Anlaufstellen, Notübernachtung)
- Substitution und Psychosoziale Betreuung (§ 78 i.V.m. § 113 SGB IX)
- Betreutes Wohnen (§ 78 i.V.m. § 113 SGB IX)
- Jugend- und Familienhilfe (§§ 27 ff. SGB VIII)
- Arbeit und Beschäftigung (§ 16d SGB II, Arbeit statt Strafe: § 35 BTMG)

Der Verein wird vertreten durch die drei Vorstandsmitglieder:

- Herr Dr. Fleck
- Frau Zabel
- WP Herr Leimgardt

die Geschäftsführung

- Petra Israel-Reh
- Michael Frommhold

Die Geschäftsführung ist durch den Vereinsvorstand handlungsbevollmächtigt.

- Satzung, letztmalig geändert am 19.11.2008
- Vereinsregistereintrag: VR 7649B, letzter Eintrag vom 23.01.2018
- Aktueller Freistellungsbescheid zur Köperschafts- und zur Gewerbesteuer vom 14.11.2019

Der Verein ist berechtigt, Spenden und Bußgelder zu vereinnahmen.

Geschäftsstelle:

Notdienst Berlin e.V., Genthiner Straße 48, 10785 Berlin

Tel: 030 233 240-100

Fax: 030 233 240-101

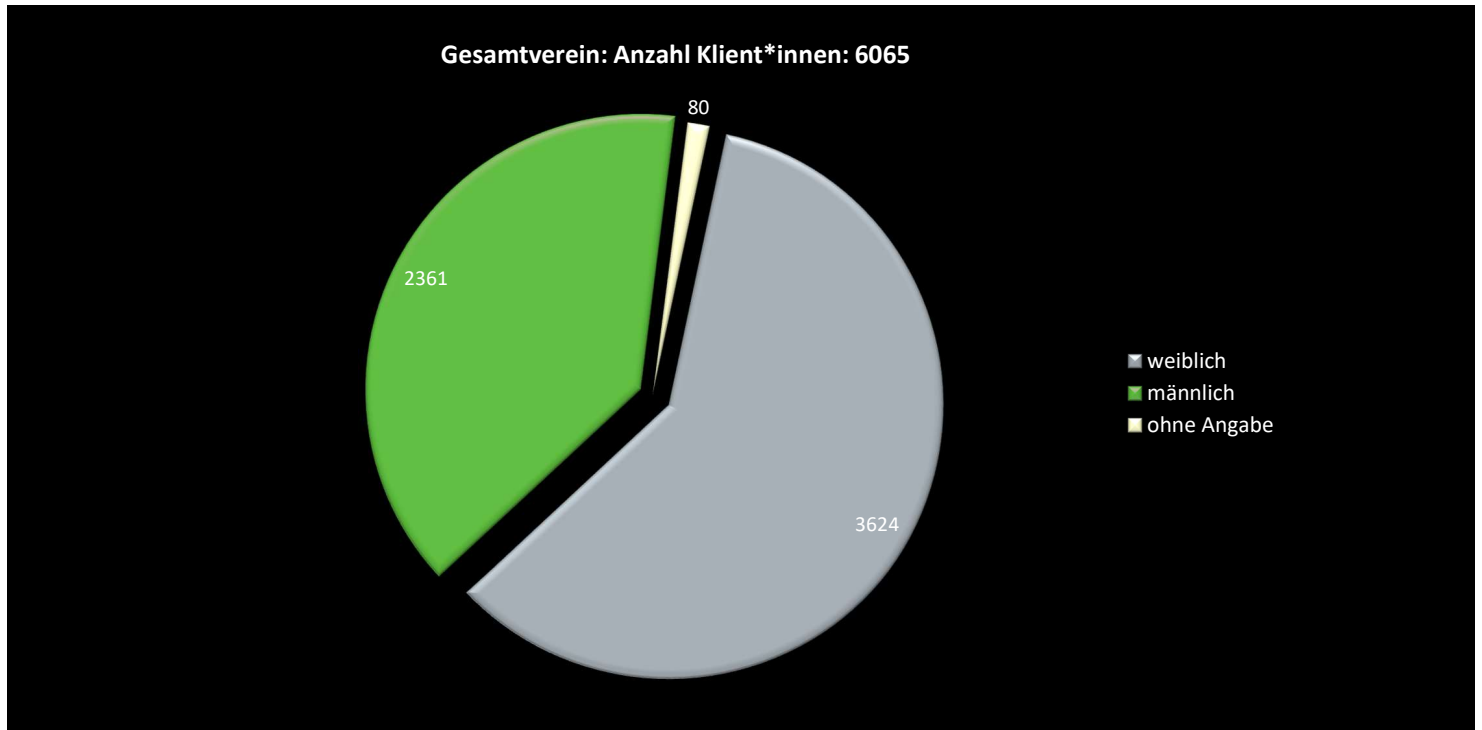
info@notdienstberlin.de

www.drogennotdienst.de

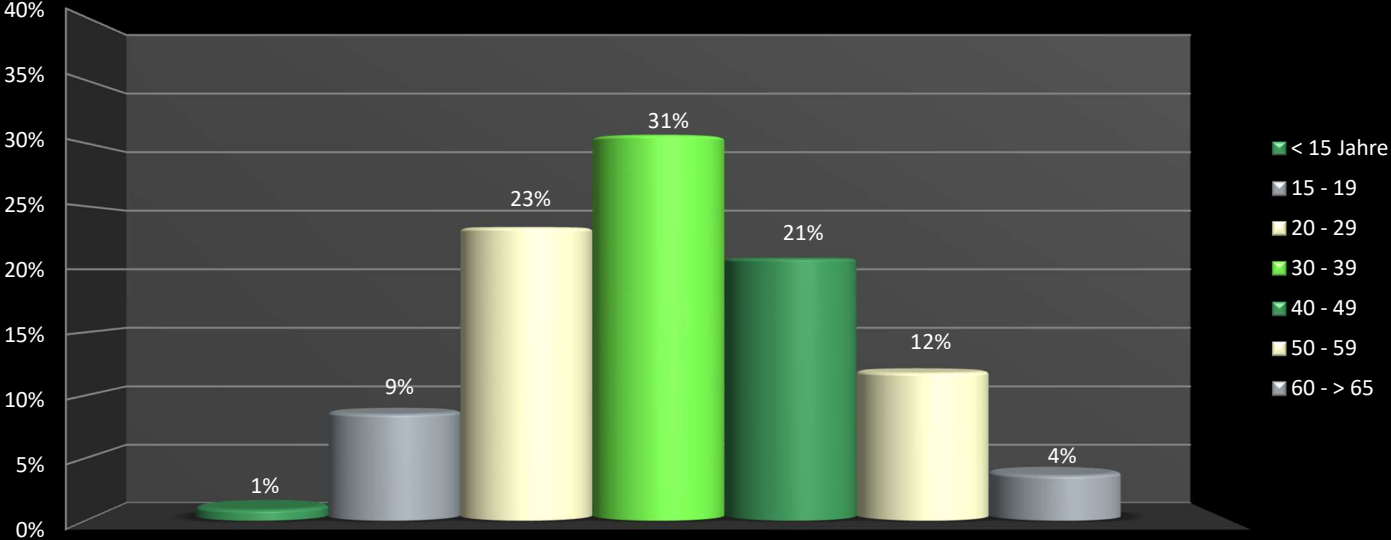
facebook: notdienstberlin

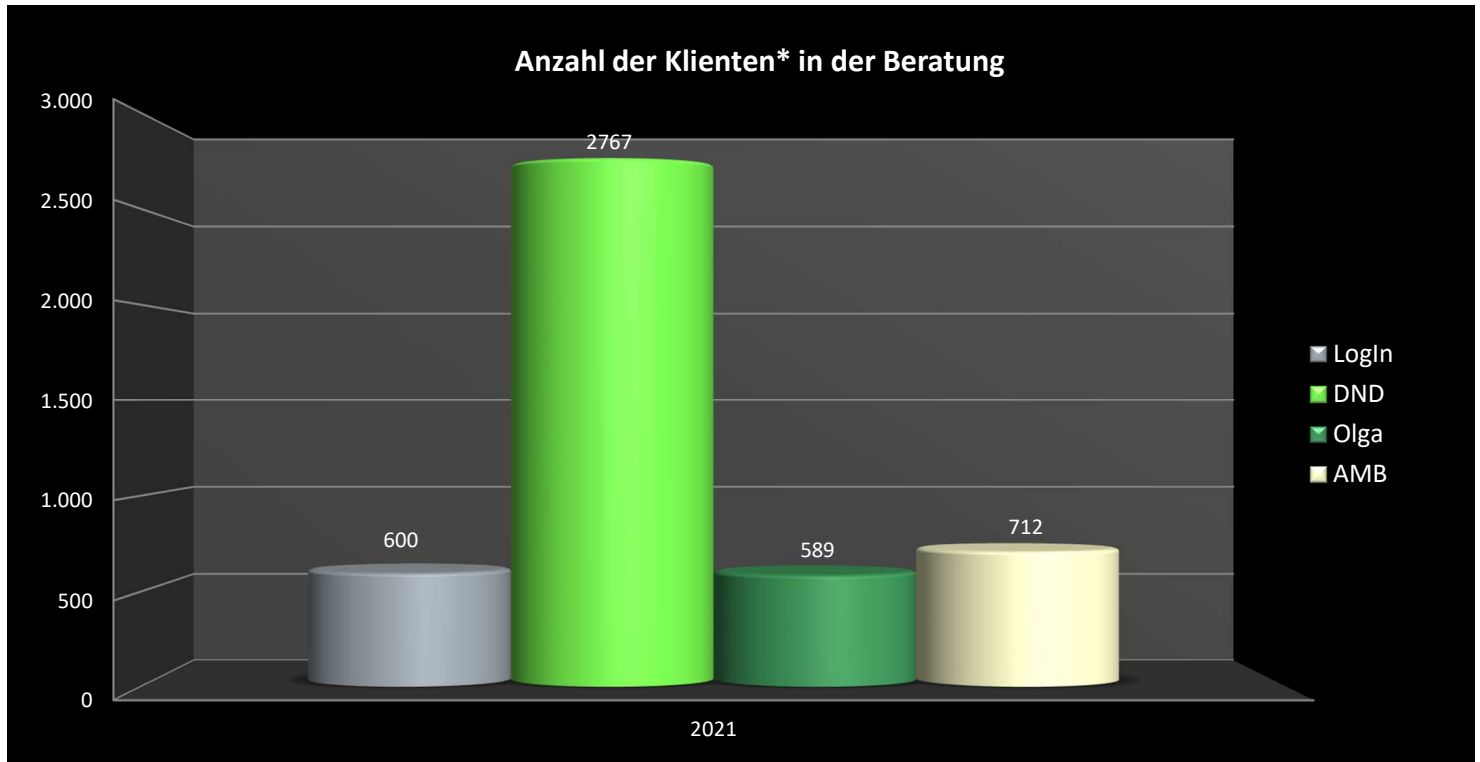
instagram: drogennotdienst

2.1. Kurzstrecke – Zahlen und Fakten

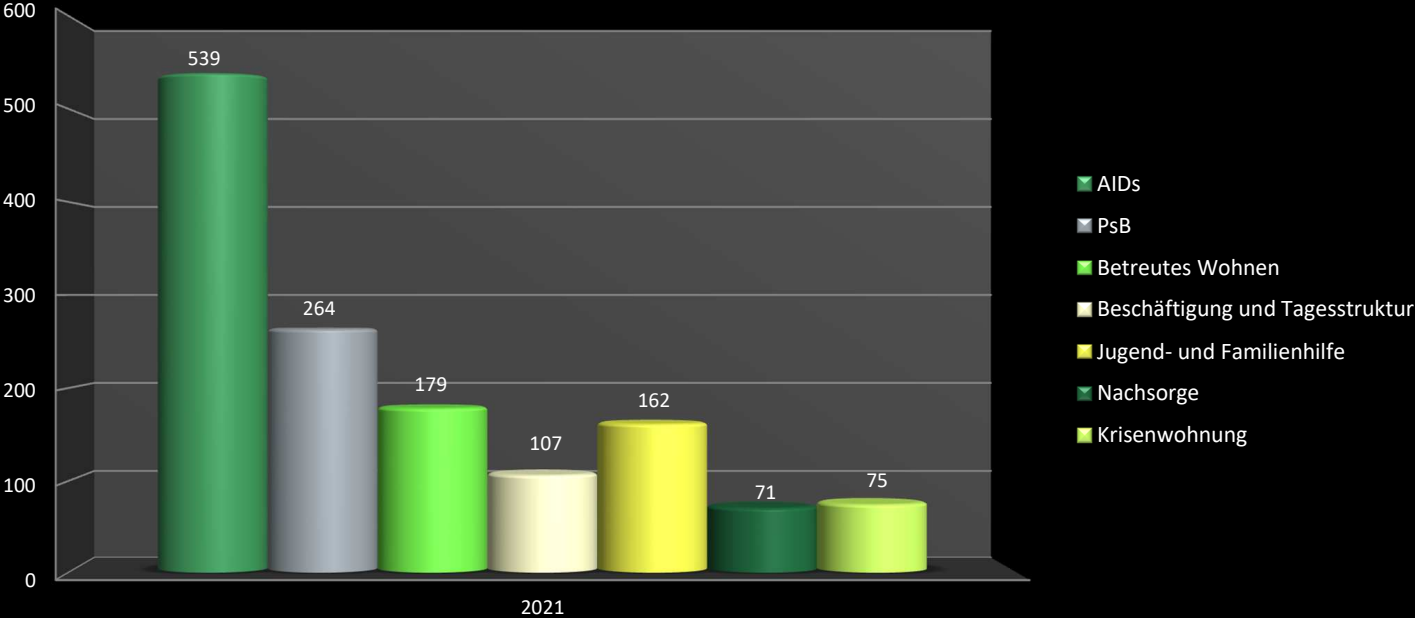


Gesamtverein: Altersstruktur der Klient*innen

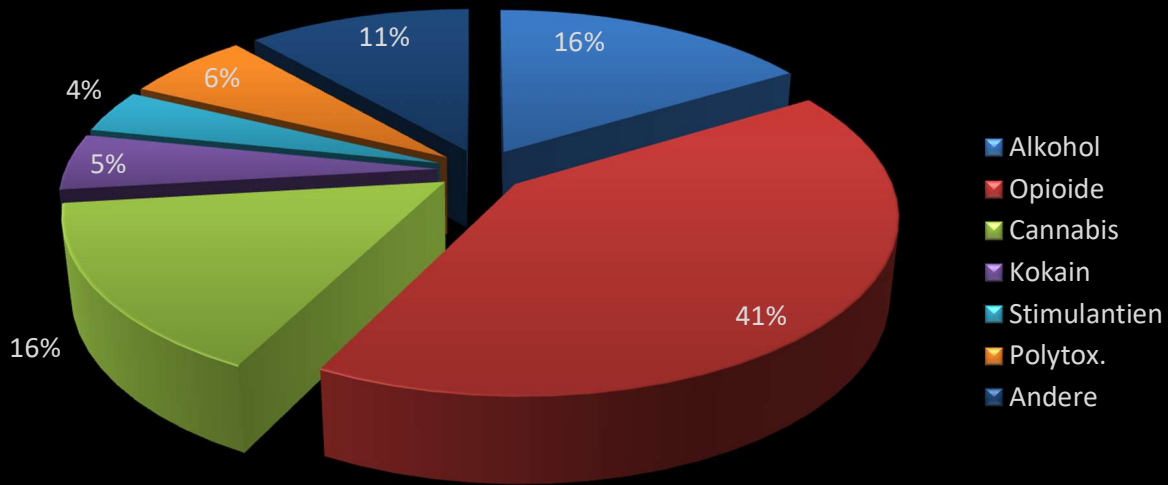




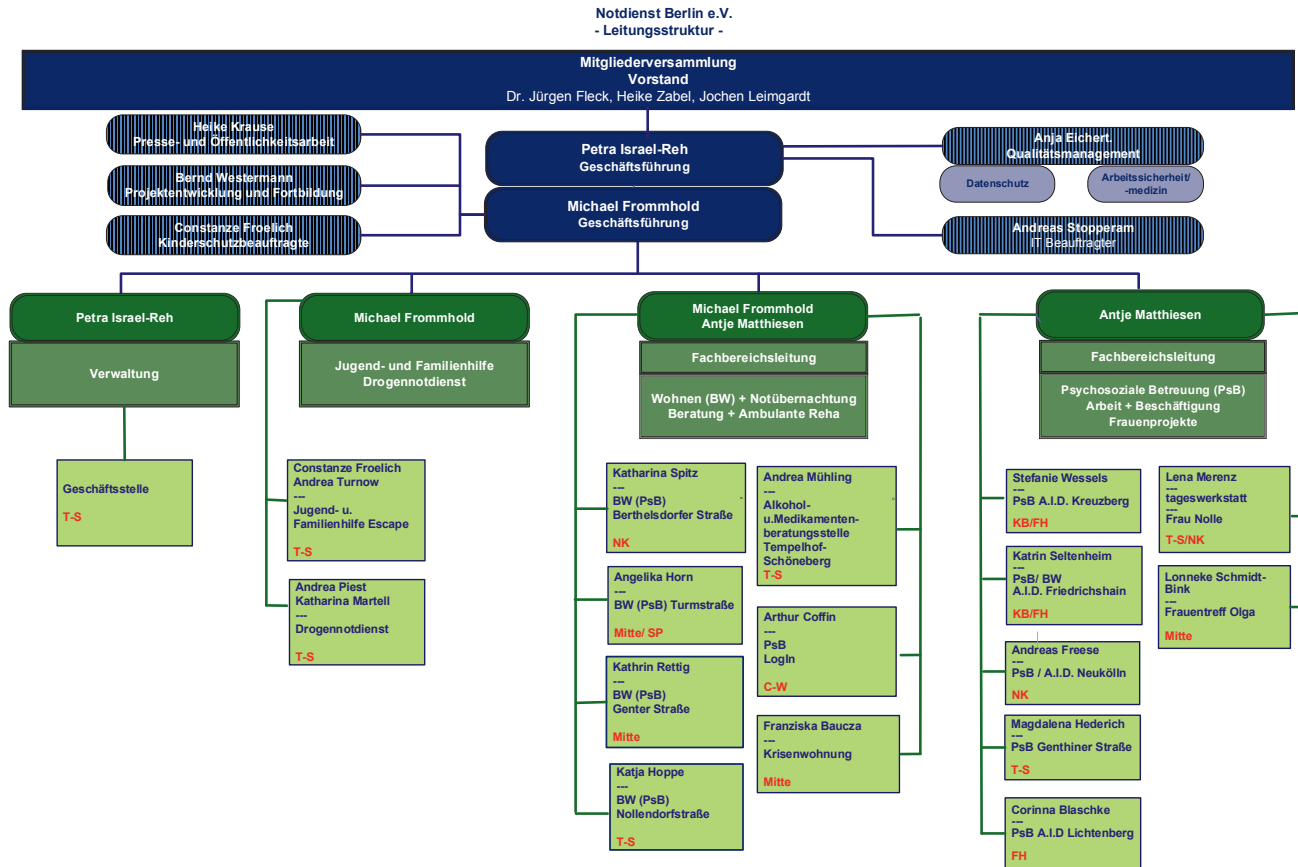
Anzahl der Klienten* in der Betreuung



Gesamtverein: Hauptdiagnosen



2.2. Organigramm



3. Fachbereiche

3.1. Ambulante Suchtberatung

Zielgruppe

Menschen, die Rat und Informationen zu Drogen bzw. Alkohol benötigen oder sich in einer akuten Krisensituation befinden, können sich jederzeit an unsere Beratungsstellen wenden. Wir beraten jugendliche und erwachsene Drogenkonsument*innen, helfen in akuten Krisen, entwickeln gemeinsam realistische Ausstiegsmöglichkeiten und vermitteln in weiterführende Hilfen, wie z.B. Entgiftung und Therapie. Wir beraten nicht nur Betroffene, sondern auch ihre Angehörigen sowie Jugendliche und deren Eltern.

Angebot

Der Notdienst Berlin e.V. betreibt drei Suchtberatungsstellen in Berlin. Die Alkohol- und Medikamentenberatungsstelle und der Drogennotdienst versorgen als regionale Suchthilfeträger Menschen in Tempelhof-Schöneberg, das LogIn ist für die Bevölkerung in Charlottenburg-Wilmersdorf zuständig. Zusätzlich hat der Drogennotdienst auch eine berlinweite Versorgungsaufgabe. Gerade in den Abendstunden, an Wochenenden und an Feiertagen können sich Rat- und Hilfesuchende bis 21.00 Uhr an die Beratungsstelle wenden. Zudem ist der Drogennotdienst auch für die bundesweite Sucht- und Drogenhotline und die berlinweite Hotline-Nummer „19237“ zuständig. Gemeinsam mit den Mitarbeiter*innen der Krisenwohnung wird der Betrieb der Hotline 24 Stunden abgedeckt. Außerdem bietet der Drogennotdienst die berlinweit einmaligen Angebote „Therapie Sofort“ und „Entzug Sofort“ sowie mit „Guidance“ ein überregionales Beratungsangebot für Menschen mit Zuwanderungsgeschichte, die Drogen konsumieren und eine Sprachmittlung benötigen. Unser Projekt SONAR bietet Hilfe und Informationen für Menschen im Berliner Nachtleben.

3.1.1. Drogennotdienst

Die Jugend- und Suchtberatungsstelle Drogennotdienst ist für die Beratung von Konsument*innen illegaler Drogen sowie deren Angehörige für den Bezirk Tempelhof-Schöneberg zuständig. Darüber hinaus ist der Drogennotdienst bei Ratsuchenden ohne festen Wohnsitz auch überregional zuständig. Durch den regionalen und überregionalen Auftrag ist der Drogennotdienst fester Bestandteil des Berliner Suchthilfesystems. Insbesondere durch die langen Öffnungszeiten auch an Wochenend- und Feiertagen und durch die 24h-Sucht- und Drogenhotline haben

Ratsuchende die Möglichkeit, unterstützt zu werden – der Drogennotdienst bietet schnelle und unbürokratische Hilfe dann, wenn es nötig ist. 2021 konnten im Drogennotdienst insgesamt 2767 Klient*innen beraten werden, davon 2341 Klient*innen im allgemeinen Beratungssegment des Drogennotdienst, 290 Klient*innen im Projekt Guidance (Beratung für Menschen mit Fluchtbiografie), weitere 136 Personen über Jugend & Alkohol. 1426 der 2341 im DND beratenen Personen wurden einmalig beraten, 915 Personen wurden mehrmals beraten oder über einen längeren Zeitraum betreut. Von den 2341 Personen hatten 1.934 Personen ein eigenes Anliegen, 407 Personen haben Unterstützung z.B. für einen Angehörigen gesucht. Von 290 Klient*innen im Projekt Guidance (Beratung für Menschen mit Fluchtbiografie) kamen 282 mit eigenem Anliegen, 8 Personen waren Angehörige. 77 Personen kamen nur einmal in die Beratungsstelle, 213 Ratsuchende konnten längerfristig betreut werden. 66 Klient*innen der 136 Personen, die über Jugend & Alkohol beraten wurden, waren Angehörige – in den meisten Fällen Elternteile. Im Vergleich zum Vorjahr sind die Klient*innenzahlen stabil geblieben. Der Rückgang zu den Jahren vor der Pandemie ist darin begründet, dass einige Klient*innen – insbesondere im niedrigschwelligen Bereich – aufgrund der pandemischen Bedingungen zeitweilig nicht mehr erreicht und versorgt werden konnten. Dies mag wiederum auch die höhere Anzahl an Einmalkontakten erklären. 16% der Klient*innen konsumierten Opiate (2020: 21%) (Guidance: 46%), 33% Cannabis (2020: 27%) (Guidance: 26%), 12% Kokain (2020: 10,1%) (Guidance: 4%) und 8% Stimulantien (2020: 5%). Ein polyvalentes Konsummuster wiesen 19% der Klient*innen auf (2020: 23,7%) (Guidance 5%).

Über die bundesweite Sucht- und Drogenhotline und die Hotline des Drogennotdienstes wurden im Berichtsjahr 11.042 Anrufe entgegengenommen (2020: 11.325 Anrufe). Mehr Anrufe konnten aufgrund von nicht finanzierten Personalbedarfen nicht bearbeitet werden. Der leichte Rückgang der Anzahl der Anrufe kann mit der Etablierung der Chatberatung erklärt werden. Der Chat wurde in 2021 über 300 Mal zur Kontaktaufnahme genutzt. Hauptthematik der Telefonate ist weiterhin die Beratung von Angehörigen, latente Krisensituationen (bspw. Rückfall-Thematiken), substanzspezifische Fragen sowie die Vermittlung in face-to-face-Beratung. Auch 2021 kam es zu einer Häufung von akuten Krisensituationen. Drei der Anrufer*innen und zwei Personen aus dem Chat wurden als akut suizidal eingeschätzt. In allen Fällen griff unser interner Notfallplan, die Personen konnten stabilisiert und unterstützt werden, parallel dazu ein Rettungswagen organisiert werden, der die Personen rechtzeitig versorgen konnte. Hier gilt es, die Mitarbeitenden kontinuierlich fortzubilden. Zusätzlich zu den 2767 Personen, die beraten und betreut werden konnten, haben 697 Personen die Vergabe der Konsumutensilien sowie Safer Use und Harm Reduction-Beratung im Drogennotdienst wahrgenommen. Die Beratungsstelle orientiert sich seit Mitte 2017 bezüglich der Vergabe von Konsumutensilien am Handlungskonzept der Deutschen AIDS Hilfe, welche auf den Empfehlungen der DRUCK-Studie basiert. Die durchschnittliche Kontaktanzahl

hat sich im Vergleich zum Vorjahr leicht verändert. 2021 waren bei 42,3% der Klient*innen bis zu 6 Kontakte notwendig, um in passende Angebote vermittelt zu werden (2020: 45,1%). 24,2 % benötigten 7–12 Kontakte (2020: 25,8%). 33,4% benötigten mehr als 12 Kontakte (2020: 28,7%). Dies betrifft, wie in den Vorjahren, überwiegend Klient*innen ohne Leistungsanspruch (insb. EU Bürger). 2021 waren 15,3% wohnungs- bzw. obdachlos (2020 13,1%). 3,6% lebten in Notunterkünften (2020: 5,9%) und 4,3% in Wohnheimen oder Übergangseinrichtungen (2020: 5,4%). 7,4% verfügten über gar keine Unterkunft.

Die Vermittlung in (betreuten) Wohnraum ist nach wie vor zu einem der zentralen Themen der Beratung herangewachsen und aufgrund der gesamtstädtischen Lage, der psychischen und sozialen sehr desolaten Situation vieler Ratsuchender sehr zeit- und kontaktintensiv. 46,8% der Klient*innen gaben einen Migrationshintergrund an (2020: 44%).

Im Berichtsjahr wurden 18 Meldungen zu akuten Kindeswohlgefährdungen nach §8a SGB VIII getätigt (2020: 14, 2019: 15, 2018: 33, 2017: 24, 2016: 21, 2015: 13). Der Arbeits- und Zeitaufwand in diesem Themenfeld ist aufgrund der anhaltenden dramatischen personellen Situation der Berliner Jugendämter sehr hoch und bedarf sehr guten Methoden- und Fachwissens aller Mitarbeiter*innen der Beratungsstelle. Die Verteilung der Hauptdiagnosen im Drogennotdienst hat sich, wie auch im Vorjahr, quantitativ weiter ausdifferenziert. Grundlage hierfür ist eine differenziertere Erfassung im Kerndatensatz sowie ein leichter Zuwachs anderer Substanzen wie bspw. Crack, GHB/GBL, Ketamin sowie Substanzen aus dem NPS (Neue Psychoaktive Substanzen)-Spektrum.

Fachliche Schwerpunkte

Berlin wird durch den konstanten Zuzug und durch eine zunehmend jüngere und internationalere Bevölkerung immer diverser. Dieser Trend weckt neue Bedarfe, die sich auch in der zunehmend differenzierten Klientel des Drogennotdienstes widerspiegeln. Der Drogennotdienst wird insbesondere von Menschen mit sehr spezifischen Bedarfen als kompetente Beratungsstelle wahrgenommen. Spezifische Szenen, z.B. Opiatkonsument*innen, ChemSex-Klient*innen, Partydrogenkonsument*innen sowie Klient*innen, die einer erhöhten gesellschaftlichen Diskriminierung aufgrund ihrer Geschlechtsidentität oder ihrer sexuellen Präferenz ausgesetzt sind, wenden sich zunehmend hilfesuchend an den Drogennotdienst oder werden von szenespezifischen Kontakt- und Beratungsstellen vermittelt. Die Sozialarbeiter*innen im Drogennotdienst werden auch in diesem Bereich kontinuierlich fortgebildet. Das Thema Corona war in den Beratungen auch in 2021 noch sehr zentral, insbesondere hinsichtlich des erschwerten Zugangs zu Hilfen / Behörden während der pandemischen Lage, Wegfall von Hilfen und sozialen

Strukturen, erhöhtem Konsum, Rückfällen, massiven Krisen. Themen wie Wohnungsmangel, (drohende) Wohnungslosigkeit, Verdrängung und offene Szenen werden in den Beratungsgesprächen behandelt. Es besteht weiterhin dringender Hilfebedarf in Form von niederschweligen Angeboten, aufsuchender Arbeit und Aufstockung der Personalkapazitäten.

3.1.1.1 Jugend und Alkohol

Zielgruppe und Angebote

Im Berichtszeitraum hielten wir weiterhin ein wöchentliches Gruppenangebot zu verschiedenen Suchtmitteln sowie Verhaltenssüchte für die Altersklasse der 13 bis 18 jährigen Konsument*innen vor. Zusätzlich haben wir die Module Familie und Gewalt weiterentwickelt.

Ergebnisse

Im Berichtsjahr wurden 114 erstkonsumierende Jugendliche durch die Jugendsprechstunde im Drogennotdienst zu unserer Substanzgruppe vermittelt. Ein Jugendlicher kam direkt durch eine Weisung. Die Gruppe wurde 43 Mal angeboten, fand aber nur 31 Mal statt. Diese Diskrepanz war der Situation in der Pandemie, einhergehend mit kurzfristigen Absagen (Quarantäne, Erkrankungen u.ä.), geschuldet und spiegelt sich auch in den Zahlen der Teilnehmenden wider. So wurden insgesamt 114 Jugendliche zur Substanzgruppe eingeladen, von denen 85 Jugendliche – 69 Jungen (2020:109) und 16 Mädchen (2020: 41) – regelmäßig teilnahmen.

Strukturelle Veränderungen

Die Substanzgruppe wurde im Berichtsjahr trotz erschwerten Bedingungen aufgrund der Pandemie unter Einhaltung hoher Hygienestandards durchgängig angeboten. Da keine ausreichend großen Räume zur Anmietung gefunden werden konnten, musste die Anzahl auf maximal fünf Teilnehmende pro Gruppe beschränkt werden. Das im Zuge des zweiten Lockdowns umgestellte Gruppenangebot in ein Digitalformat im Dezember 2020 wurde im gesamten Januar 2021 fortgesetzt. Ab Februar bis Ende des Jahres 2021 wurde die Substanzgruppe wieder in Präsenz angeboten. Die Umstellung in Präsenz garantierte eine bessere Erreichbarkeit sowie Verbindlichkeit der Jugendlichen. Von den 31 stattgefundenen Gruppen fanden 27 in Präsenz und 4 Substanzgruppen im Digitalformat statt.

3.1.1.2 Guidance

Es wurden insgesamt 290 Betroffene (2020: 305) und 8 Angehörige (2020: 13) im Einzelsetting beraten. Davon waren 77 Einmalkontakte (2020: 134) und 208 Betreuungen (2020: 171) mit mindestens zwei Kontakten. Der Rückgang ist mit dem pandemiebedingten Pausieren der arabischen und persischen Sprechstunde zu begründen. 91% der Ratsuchenden waren männlich (2020: 95%).

43% der Betroffenen lebten in Gemeinschafts- oder Notunterkünften (2020: 48,5%), 40% im eigenen Wohnraum (2020: 32%), 2,4% im Betreuten Wohnen (2020: 2,4%), 7% waren wohnungslos (2020: 3%) und 4,8% lebten bei anderen Personen (häufig Wohngemeinschaften). Positiv zeichnet sich ab, dass immer mehr Klient*innen in eigenen Wohnungen leben. Der Anteil von Menschen in Gemeinschaftsunterkünften oder Betreuten Wohnformen nimmt weiterhin stetig ab.

39,4% der Betroffenen kamen aus eigenem Anliegen (2020: 42,5%), 13,5% wurden durch das soziale Umfeld zu uns vermittelt (2020: 7,2%). Weitere Personen kamen über die Jugendhilfe (6,7%; 2020: 6%), (Substitutions-)Ärzt*innen (9,6%; 2020: 12,6%), andere Suchtberatungsstellen (1,9 %; 2020: 1,2%) und Polizei/Justiz (0,5 %; 2020: 1,2%).

Ein Großteil der Klient*innen (35,6%) verfügte über eine Duldung (2020: 47,3%) oder hatte keine gültige Aufenthaltsgenehmigung (4,3%; 2020: 0,6%). Dieser Umstand wirkt sich insbesondere auf die Vermittlung und Inanspruchnahme von Hilfen sehr ungünstig aus, da entweder kein Anspruch besteht oder die Einleitung von Maßnahmen sehr zeitintensiv ist.

Auch in 2021 war die häufigste Hauptsuchtdiagnose mit 45,7% die Abhängigkeit von Opiaten (2020: 54%). 8,2% konsumierten abhängig Alkohol (2020: 6,6%). 26% der Klient*innen gaben als Hauptsubstanz Cannabis an (2020: 22,2%), 4,3% Kokain (2020: 4,2%) sowie 0,5% erstmalig Crack (dieses Substanz trat im Vorjahr gar nicht in Erscheinung), 1,4% Amphetamine (2020 1,8%) und 1,9% Meth Amphetamin (Crystal) (3% in 2020) sowie 1,4% MDMA (2020: 1,2%). Bei 4,8% wurde ein polyvalentes Konsummuster diagnostiziert (2020: 2,4%). 68,5% der Klient*innen wurden bis zu drei Monaten betreut (2020: 55,2%). Die Kontaktanzahl spiegelt hierbei den zeitlich hohen Aufwand wieder: 35,2% benötigten bis zu sechs Kontakte (2020: 22,4%), 24,7% bis 12 Kontakte (2020: 25,9%) und 40,1% mehr als 12 Kontakte (2020: 51,7%). Ein Rückgang der Kontaktanzahl ist für 2022 nicht zu erwarten.

Insgesamt konnten 64,8% der Klient*innen in indizierte Maßnahmen vermittelt werden (2020: 55%), davon 31,5% in suchtspezifische Angebote. Der Bedarf ist jedoch wesentlich höher, insbesondere bei der Vermittlung in passende Wohnangebote, Angebote der Jugendhilfe und (suchtspezifische-) therapeutische Maßnahmen. 15,4% wurden in den stationären Entzug vermittelt (2020: 25%), 8,6% in Substitution (2020:

10,3%). 8,7% konnten in ambulante oder stationäre Rehabilitation vermittelt werden (2020: 7,2%), 4,3% in Akutbehandlungen (2020: 3,4%). Hinsichtlich der Herkunftsländer gab es auch in 2021 keine großen qualitativen Veränderungen. Die Mehrheit der Klient*innen gab als Herkunftsland Afghanistan an (45; 2020: 46), Iran (18; 2020: 11), Syrien (41; 2020: 33), Irak (10; 2021: 11), Pakistan (7; 2020:12) oder afrikanische Länder (30; 2020: 22). Bei der Differenz handelt es sich um Einzelnennungen (z.B. Georgien, Vietnam, Tadschikistan), um unbekannte Herkunftsländer aufgrund fehlender Angaben der Klient*innen und um staatenlose Personen. Wie auch in 2020 konnten Menschen aus dem afrikanischen Raum / Subsahara nicht gut erreicht werden. Die Ursachen werden in der fehlenden internen Sprach- und Kulturmittlung gesehen. Trotz der Möglichkeit der Sprachmittlung durch Sprint und den GDD kommen Klient*innen aus diesen Herkunftsländern noch nicht gut im Angebot Guidance an. Häufig fehlt das Vertrauen in das Angebot bzw. in externe Sprachmittler*innen, aber auch die Hürden (langfristige Terminvergabe bei externer Sprachmittlung, lange Wartezeiten bei seltenen Sprachen) scheinen für diesen Kulturkreis höher. Hinzu kommt die oftmals sehr unsichere Aufenthaltssituation.

3.1.1.3. SONAR – Safer Nightlife Berlin

Seit 2018 führen Fixpunkt e.V., vista gGmbH und Notdienst Berlin e.V. gemeinsam mit der Berliner Clubcommission im Auftrag der Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung gemeinsam das Projekt SONAR durch. SONAR steht für die Gesundheit der Partygäste, Risikominimierung beim Konsum und spricht gezielt alle Akteure und Akteurinnen des Nachtlebens an.

2021 wurden unter den geltenden Hygienevorschriften 95 Vor-Ort-Einsätze mit 6.171 Standbesucher*innen, 4.833 Safer Use Material-Ausgaben sowie 891 Vor-Ort-Beratungen in Partylocations durchgeführt. Außerdem fanden 26 Workshops für insgesamt 1.868 Personen (Veranstalter*innen, Personal und Besucher*innen im Nachtleben) statt. Über das Austauschformat ClubTalks (acht Termine, zwei davon online) konnten 146 Menschen erreicht werden. 76 Menschen konnten gezielt in Drogenberatung und andere Unterstützungsangebote vermittelt werden. Im Berichtsjahr wurden außerdem zwei Soirées mit insg. 187 Gästen aus Sucht- und Drogenhilfe, Politik, Verwaltung und Nachtleben durchgeführt.

Neben der Entwicklung und Etablierung von Online-Formaten, der Weiterentwicklung der Informations- und Safer Use Materialien, Webpräsenz und Social Media konnte auch eine öffentlichkeitswirksame Safer Use Kampagne mit Postern und Stickern zur Sensibilisierung von

Partygänger*innen durchgeführt werden. Der Podcast „Nachschatten“ in Kooperation mit dem Radiosender Sunshine live ist fester Bestandteil geworden, 14-tägig erscheint eine neue Folge. Ca. 3000 Menschen hören pro Monat mehr als eine Folge, mehr als 30.000 Personen haben den Podcast auf den gängigen Streamingplattformen abonniert. Im Berichtsjahr wurde zudem eine qualitative Befragung von Partygänger*innen und Szenemultiplikator*innen gestartet, im Jahr 2022 soll diese überarbeitet und erneut durchgeführt werden. Die Erkenntnisse fließen direkt in die praktische Umsetzung der Angebote von Sonar ein.

3.1.1.4. Streetwork Tempelhof-Schöneberg

Drogengebrauch und sichtbare Wohnungslosigkeit im öffentlichen Raum spielen im Bezirk Tempelhof-Schöneberg eine wachsende Rolle. Infolgedessen entwickelte der Drogennotdienst 2019 mit Unterstützung des Bezirksamtes ein niedrigschwelliges aufsuchendes Angebot. Zielgruppen sind wohnungslose- und/oder drogengebrauchende Menschen, Anwohnende und Gewerbetreibende. Zielstellungen sind u.a. Betroffene hinsichtlich Überleben und Gesundheit zu unterstützen, Anwohnende aufzuklären und zu sensibilisieren sowie sogenannte Nutzungskonflikte aufzulösen. Im Berichtsjahr wurden bei insgesamt 1033 Begehungen 800 Personen angetroffen. Davon waren 80% direkt betroffen (wohnungslos, Substanzgebrauchsstörung). Die Personen konnten durch Angebote der Schadens- und Risikominimierung (u.a. Ausgabe von Konsumutensilien, Kurzberatung) und Vermittlung in passende Hilfen unterstützt werden. Auch in diesem Berichtsjahr stand aufgrund der pandemischen Situation und der erschwerten Zugänge u.a. in medizinische Hilfen die Überlebenseicherung im Mittelpunkt. In den Wintermonaten wurde die Herausgabe von Konsumutensilien (7.149 Artikel) durch die Bereitstellung von Schlafsäcken, Handschuhen, Mützen, Socken und Thermoskannen mit warmem Tee ergänzt. Zu den Beratungsbedarfen zählten 2021 die Vermittlung von Schlafplatz/Wohnraum, Sozialberatung/Unterstützung im Umgang mit Behörden, konsumspezifische Beratung, Wiederherstellung des Krankenversicherungsschutzes oder Kostenübernahmen für medizinische Maßnahmen, Vermittlung zu Konsumräumen, Krankenhäusern und/oder Ambulanzen für wohnungslose Menschen. Die diversen Anliegen von 48 Anwohnenden und 109 Gewerbetreibenden konnten durch Gespräche und Ortsbegehungen bearbeitet werden und trugen so zu einem friedlicheren Zusammenleben im Bezirk bei. Außerdem wurde eine Broschüre für Anwohnende „Kiez leben und leben lassen“ mit Informationen zur Verweisberatung und fachgerechten Entsorgung von Konsumhinterlassenschaften veröffentlicht.

STREETWORK

Gefördert durch das Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg

ST

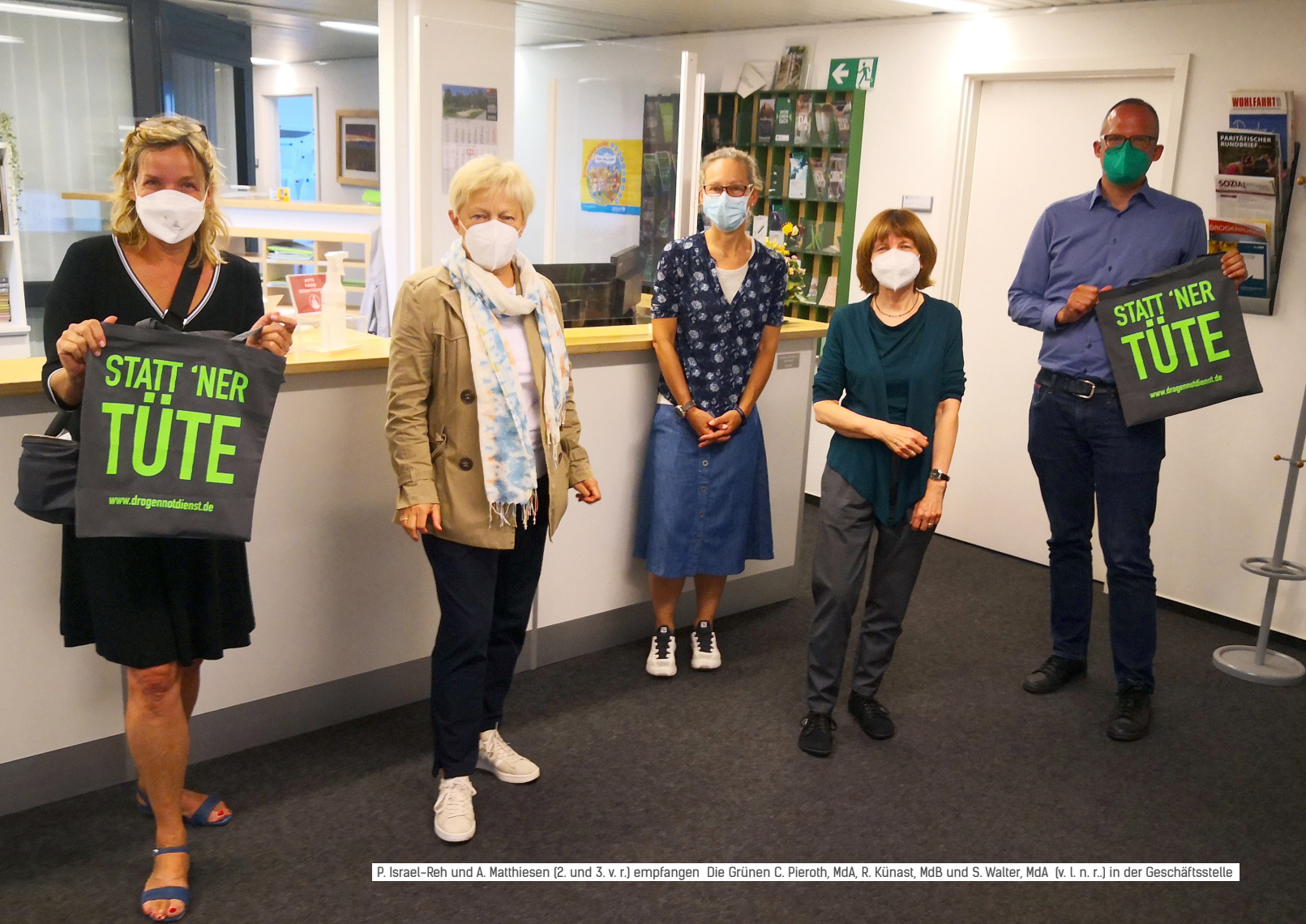
3.1.2. LogIn

Auch das Jahr 2021 stand für den Standort LogIn und die Klient*innen im Zeichen der Pandemie. Zwei Faktoren führten dazu, dass das LogIn, wie fast alle Beratungsstellen in der Berliner Suchthilfe, im Laufe des Jahres nicht zu den Klient*innenzahlen von 2019 bis 2020 zurückkehren konnte: Aufgrund der Hygienekonzepte mussten Terminmöglichkeiten und Gruppenteilnahme „ausgedünnt“ werden. Mit anderen Worten: Punktuell konnten weniger Menschen versorgt werden; diese mussten über mehrere Wochen verteilt werden. Zudem hat die bevölkerungsspezifische Angst vor Ansteckung dazu geführt, dass die Beratungsstelle für face-to-face-Termine weniger angesteuert wurde. Mittelfristig führte das auch zur Nichtwahrnehmung von Terminen, die zu weit in der Zukunft gebucht waren. Compliance ist insbesondere bei Betroffenen im illegalen Drogenkontext immer nur kurzweilig da, mit anderen Worten: Wenn sich jemand für die Inanspruchnahme von Hilfen im Suchtkontext entscheidet, dann muss der Zugang sofort möglich sein. Die notwendigen Hygienekonzepte haben exakt dieses Prinzip zeitweilig unterlaufen.

Gegen Ende des Berichtsjahres schien sich der Trend ins Positive zu drehen. Trotz Herausforderungen konnten 600 Menschen durch die Beratungsstelle in der Region versorgt werden. 63% konnten in längere Beratungsprozesse überführt werden. Mit 16% bildeten 20 bis 24jährige Klient*innen den Kern der Aufsuchenden. Signifikant ist, dass 18% der Klient*innen unter 20 Jahren erreicht wurden. 132 Menschen aus dem Umfeld Betroffener konnten zudem erreicht werden, 95 davon waren Eltern. Auch in der Coronazeit konnten im LogIn Menschen nicht-deutscher Herkunft beraten und betreut werden (14% der Aufsuchenden). In den länger anhaltenden Beratungsprozessen wollten sich 41% der Klient*innen mit dem Gebrauch von Cannabis auseinandersetzen. An zweiter Stelle machte sich bezirksspezifisch der Bedarf an Auseinandersetzung mit Kokainkonsum bemerkbar (14% der Klient*innen). Signifikant war, dass Probleme rund um Heroin (6%) mit jenen rund um Alkohol (7%) gleichzogen und dass sich an dritter Stelle, gemäß der Trends in den letzten Jahren, ein polyvalentes Konsummuster platzierte (13%). Mit 25 Klient*innen konnte 2021 das Angebot der ambulanten Nachsorge weiterhin stabil aufrechterhalten werden.

Fachliche Schwerpunkte

Nachfolgende Angebote wurden (re-)etabliert bzw. gefestigt: Ambulante Nachsorge, aufsuchende Haftarbeit, Chatberatung, Orientierungsgruppe, Beratung im Mehrpersonensetting, vor allem von Familien. Nachfolgende Angebote wurden auf konzeptioneller Ebene für das Folgejahr angeschoben: Gruppenangebot in Haft, NADA Ohr-Akupunktur, Gruppenangebot in beiden bezirklichen Krankenhäusern.



P. Israel-Reh und A. Matthiesen (2. und 3. v. r.) empfangen Die Grünen C. Pieroth, MdA, R. Künast, MdB und S. Walter, MdA (v. l. n. r.) in der Geschäftsstelle

3.1.3. Alkohol- und Medikamentenberatungsstelle

In der Alkohol- und Medikamentenberatungsstelle wurden 2021 – inklusive Angehörige – 712 Klient*innen beraten. Hiervon waren 200 Einmalkontakte. Die Klient*innenzahlen stiegen damit trotz der Corona bedingten Einschränkungen erneut auf den bisher höchsten Stand seit Eröffnung der Beratungsstelle im Jahr 2012. Mit 60% wurden von uns überwiegend männliche Klienten beraten (bei den selbst Betroffenen waren es zu 68,5% Männer). Der Anteil an Hilfesuchenden mit einer Hauptdiagnose im Bereich des schädlichen und abhängigen Alkoholkonsums lag bei 85,3%. Bei 4,6% der Ratsuchenden bezog sich die Hauptdiagnose auf eine Störung mit Schlaf- und Beruhigungsmittel, bei 2,5 % auf Opioid haltige Schmerzmittel. Damit erreicht die Beratungsstelle zunehmend mehr Menschen, die von Medikamenten abhängig sind (und deutlich mehr als Beratungsstellen im Bundesdurchschnitt: 1-2 %). Ermöglicht wurde dieses positive Ergebnis auch im Jahr 2021 durch Bemühungen des Bezirksamts, die zunehmende Unterfinanzierung der Beratungsstelle aus den PEP-Mitteln auszugleichen. 2021 konnte so aus bezirklicher Zuwendung eine Teilzeit-Sozialarbeitsstelle mit dem Schwerpunkt „Stärkung der Arbeit mit Migrant*innen“ weiter besetzt bleiben. In den stabil laufenden zwei ambulanten Suchtnachsorgegruppen sind 46 Patient*innen behandelt worden (diese Zahl ist geringer als im Vorjahr, wo sich auch die rückläufigen Antragszahlen für stationäre Suchtrehabilitationen widerspiegeln).

Fachliche Schwerpunkte

Die Arbeit der Beratungsstelle war im Jahr 2021 zwar weiterhin geprägt durch die Auswirkungen der Pandemie, Kontakte im digitalen Raum wurden aber für Mitarbeitende, Ratsuchende und zum Austausch im bezirklichen Netzwerk zunehmend normal. So konnte zumindest ein Teil der Kontaktbeschränkungen ausgeglichen werden. Auf der Basis eines klaren Hygienekonzepts konnten wir durchgehend vier offene Sprechstunden in der Woche anbieten, Erstgespräche wurden vor Ort durchgeführt und gleichermaßen telefonisch und online ermöglicht. Pandemiebedingt haben wir im gesamten Berichtsjahr auch die Orientierungsgruppe online angeboten, um den Nutzer*innen die Möglichkeit für Austausch und Erfahrung im Gruppenkontext zu geben. Ein Manual zur Online-Gruppenarbeit wurde weiterentwickelt. Sehr positiv ist zu nennen, dass beide psychiatrischen Abteilungen der Vivantes Kliniken uns im zweiten Halbjahr 2021 ermöglichten, unser wöchentliches Gruppenangebot für Patient*innen auf den Stationen durchzuführen. Dadurch haben wir im zweiten Halbjahr des Berichtjahres 440 Gruppenkontakte zu Patient*innen vor Ort in den Abteilungen für Abhängigkeitserkrankungen in den Vivantes-Krankenhäusern realisiert. Die Maßnahmen zur Verstärkung der Suchtberatung für Menschen mit Zuwanderungsgeschichte und zur Stärkung der Versorgung

geflüchteter Menschen wurden fortgesetzt und durch die Anbindung des Peerprojekts an die AMB ergänzt. Sechs ehrenamtlich Mitarbeitende mit eigener Fluchterfahrung engagierten sich im Projekt, bereiteten Infoveranstaltungen mit vor und führten diese mit durch. Auch wenn Angebote vor Ort in Gemeinschaftsunterkünften pandemiebedingt weniger möglich waren, haben wir intensiv an der engeren Vernetzung im Bezirk gearbeitet. Drei bezirkliche Gremien wurden durchgehend besucht, was die Bekanntheit der Suchtberatungsstelle und weiterführender Hilfen im Migrationsbereich erhöhte. Kollegiale Fallberatung und Online-Fortbildung konnten weiter angeboten werden. Sehr positiv war im Jahr 2021, dass der Anteil der Ratsuchenden mit eigenem Migrationshintergrund wieder auf 19,8% gestiegen ist (2020: 17,4%). Beratungsgespräche in englischer Sprache oder mit externem Sprachmittler werden zunehmend nachgefragt und angeboten.

Der Arbeitsschwerpunkt „Suchtprävention im Alter“ wurde 2021 fortgesetzt, im vierten und letzten Jahr gefördert durch das „Aktionsprogramm Gesundheit“ des Senats. Hauptziel war, die vierjährigen Projekterfahrungen zu verschriftlichen und so die Übertragbarkeit auf andere Bezirke zu unterstützen. Diese Erfahrungen und entwickelten Angebote für Senior*innen und Mitarbeitende von Pflege- und Senior*inneneinrichtungen wurden allen 12 Bezirken (Suchtberatung und Suchthilfekoordination) vorgestellt. Auch konnten im zweiten Halbjahr noch vier Infoveranstaltungen mit insgesamt 81 Teilnehmenden zum Thema „Risikoarmer Umgang mit Medikamenten und Alkohol“ durchgeführt werden. Die Beratungsstelle ist aktives Mitglied im Geriatriisch-Gerontopsychiatrischen Verbund Tempelhof-Schöneberg, was die Vernetzung zwischen Suchthilfe und Senior*inneneinrichtungen intensiviert und gegenseitige Vermittlungen erleichtert. 2021 waren 15,4 % der Ratsuchenden über 60 Jahre alt.

Erneut beteiligten wir uns an der „Berliner Initiative gegen Medikamentenmissbrauch“ und einer Infoveranstaltung zum „Tag der Patientensicherheit“. Der Arbeitsschwerpunkt „Kinder aus suchtblasteten Familien“ und Fragen des Kinderschutzes sind fest integrierter Bestandteil der täglichen Beratungsarbeit. In wöchentlichen Fallbesprechungen fokussiert das Team die Situation Minderjähriger und ihre Unterstützungs- und Entlastungsbedarfe. 2021 schloss die Einrichtungsleiterin die Weiterbildung zur „insoweit erfahrenen Fachkraft im Kinderschutz nach § 8b Abs. 1 SGB VIII“ ab, was das Team zusätzlich inhaltlich unterstützt.

Wir nahmen an der überregionalen AG Kinder aus Suchtfamilien und AG Senatsverwaltung Kinderschutz teil. Diese Gremien fanden regelmäßig in Präsenz und auch im digitalen Format statt.

3.2. Jugend und Familienhilfe Escape

ESCAPE betreut in allen Berliner Bezirken Familien nach §§ 27ff. SGB VIII. Wir begleiten und beraten Kinder, Jugendliche und/oder Eltern, die suchtmittelgefährdet bzw. drogenmissbrauchend oder -abhängig sind.

Im Berichtsjahr wurden 60 suchtbelastete Familien betreut mit einer Gesamtzahl von 195 Personen (2020: 48 Familien mit insgesamt 174 Personen). Wir haben weiterhin unseren Fokus auf Suchtfamilien gesetzt, was sich auch in den Betreuungen zeigt. Im Berichtszeitraum wurden anteilig mehr konsumierende Eltern mit Kindern betreut. Die Anzahl der konsumierenden Jugendlichen ging im Vergleich zum Vorjahr etwas zurück.

Die wöchentlich stattfindende Therapiegruppe konnte im Berichtszeitraum von Januar bis Mitte März 2021 nur digital angeboten werden, was sich negativ auf den therapeutischen Gruppenprozess auswirkte, so dass von Mitte März bis Mitte Oktober 2021 die Teilnehmer*innen in Einzelterminen gesehen wurden. Für den Zeitraum von zwei Wochen fand keine Therapiegruppe bzw. Einzeltreffen aufgrund fehlender Teilnehmer*innen statt. Ab November wurde die Therapiegruppe wieder in Präsenz angeboten. Zur Kindergruppe kamen im Berichtsjahr regelmäßig wöchentlich bis zu 10 Kinder. Durch die Daueranmietung eines großen Raumes in einer Tanzschule unweit der Einrichtung konnte das trägerinterne Hygienekonzept eingehalten und damit die Kindergruppe durchgängig angeboten werden.

Fachliche Schwerpunkte und strukturelle Veränderungen

Eine enge Zusammenarbeit und Vernetzung mit externen Kooperationspartner*innen fand unter anderem durch die Gremienarbeit statt. Im Berichtszeitraum konnten im Gegensatz zum Vorjahr wieder weitestgehend Gremien digital, in einigen Fällen auch in Präsenz stattfinden. Wir besuchten regelmäßig, als ständiges Mitglied, die AG Jugend und Sucht unter der Federführung der Senatsverwaltung Gesundheit/ Drogenreferat. Diese fand im Berichtsjahr 4 Mal statt.

Weiterhin nahmen wir an der regelmäßig stattfindenden AG 78 Kinderschutz in den Bezirken Tempelhof-Schöneberg, Steglitz-Zehlendorf und Friedrichshain-Kreuzberg sowie an der AG Kinder in suchtbelasteten Familien in Tempelhof-Schöneberg und der FG Sucht teil. Die PSAG Jugend in Tempelhof-Schöneberg und Steglitz-Zehlendorf fand im Berichtsjahr keine Umsetzung.

Wir nahmen an der überregionalen AG Kinder aus Suchtfamilien und AG Senatsverwaltung Kinderschutz teil. Diese Gremien fanden regelmäßig in Präsenz und auch im digitalen Format statt.

Zudem waren wir mit federführend an der Erneuerung des Kooperationsvertrages zwischen der Suchthilfe und Jugendhilfe zur Sicherung des Kindeswohls im Bezirk Lichtenberg und Friedrichshain-Kreuzberg beteiligt und unterstützten durch Vorträge und Workshops. In Friedrichshain-Kreuzberg konnte der Prozess abgeschlossen werden, aus dem heraus sich die AG Vorgeburtlicher Kinderschutz bildete. Für Lichtenberg ist der Prozess noch weiter in Bearbeitung. Escape war als Mitglied des Projektsbeirats maßgeblich an der inhaltlichen Entwicklung des IKJ Forschungsprojekts zur Verbesserung der Situation von suchtbelasteten Familien beteiligt und führte im Berichtsjahr eine Wirkungsevaluation mit den von Escape betreuten Familien durch. Am 04.05. fand für eine Zwischenauswertung dazu digital eine Fachkonferenz unter Beteiligung von Escape statt.

Darüber hinaus gestaltete Escape am 19. Februar anlässlich der Aktionswoche „Kinder aus suchtbelasteten Familien“ einen Tag der offenen Tür für alle Interessierten im Digitalformat. Die Kooperationen mit dem Vivantes Klinikum Friedrichshain und mit den Jugend- und Suchthilfeträgern Theronon und Karuna e.V. wurden im Berichtsraum intensiv gepflegt. Es fanden regelmäßige Treffen statt, zumeist digital. Zudem standen die Mitarbeiter*innen im engen Austausch mit Theronon, da ein Kind aus der Kindergruppe zusätzlich über eine Familienhilfe bei Theronon betreut wurde.

3.2.1 MOFA – Mobile Familiensprechstunde und MOFA BNK des Berliner Notdienst Kinderschutz

Zielgruppe und Angebot

Aufgrund der nicht ausreichenden Hilfsangebote für Kinder psychisch- und suchtbelasteter Familien gründete der Notdienst gemeinsam mit anderen Akteuren der Suchthilfe und dem Jugendamt die UAG Kinder in suchtbelasteten Familien bestehend aus der Fachgruppe Sucht und der AG 78 Kinderschutz. Der Fokus der Gruppe liegt auf einer besseren Vernetzung und Kooperation im Bezirk Tempelhof-Schöneberg. Im September 2019 startete daraufhin das Projekt MOFA (Mobile Familiensprechstunde) um innerhalb der Suchthilfe im Notdienst die Bedarfe der einzelnen Familienmitglieder, vor allem die der Kinder, aufsuchend, kostenlos und bedarfsgerecht zu ermitteln.

Um das Projekt auch gleichzeitig zu evaluieren, beteiligte sich der Notdienst an der bundesweiten Forschungsstudie „Steuerungswissen und Handlungsorientierung für den Aufbau interdisziplinärer Versorgungsnetzwerke für suchtblastete Familien“ des IKJ.

Für das Jahr 2020/2021 gab es dann eine Finanzierung durch die Senatsverwaltung Gesundheit des Landes Berlin. Ziel ist es, Fachkräften aus den Bereichen Gesundheit, der Suchthilfe, dem ASD, Kita, Schule und der Jugendhilfe, die sich Sorgen um Kinder mit einer möglichen Suchtbelastung machen, möglichst schnell eine unbürokratische, kostenlose Hilfe anzubieten. Die Hilfe setzt sich aus mehreren Bausteinen zusammen. Erstens soll die Fachkraft durch eine Fallberatung dahingehend unterstützt werden, die Familie über das MOFA Angebot zu informieren und den Kontakt zur Familie herzustellen. Dann werden mit der Familie oder auch dem Bezugssystem partizipativ Hilfebedarfe ermittelt, um nachfolgend eine geeignete Hilfe für alle Beteiligten zu ermitteln. Die Vermittlung kann zum Beispiel eine suchtspezifische HZE Hilfe nach SGB VIII sein. Der zweite Baustein ist das Angebot der kostenlosen Schulung oder Fortbildung für Fachkräfte aus dem Bereich der öffentlichen Jugendhilfe, der Gesundheit, Kita und Schule.

Ergebnisse

Im Berichtsjahr 2021 wurden 40 Schulungen und Fachberatungen mit 363 Teilnehmenden durch MOFA durchgeführt. Desweiteren wurden im Berichtsjahr 2021 die Bedarfe von 24 Familien mit 51 Kindern ermittelt und diese zumeist in passgenaue Hilfen vermittelt.

MOFA BNK- strukturelle Veränderungen

Während der letzten beiden Pandemiejahre fielen im Jugendnotdienst/Mädchennotdienst immer mehr Jugendliche auf, die stark, zuweilen lebensbedrohlich, drogengebrauchend waren. Eine Vermittlung des BNK (Berliner Notdienst Kinderschutz) an die Kriseneinrichtungen und/oder andere stationäre und ambulante Jugendhilfemaßnahmen gelang nicht.

Ergebnis

Im Oktober 2021 startete das Projekt und es gelang durch MOFA BNK sieben Jugendliche in der wöchentlichen MOFA Sprechstunde vor Ort zu erreichen und fünf davon in suchtspezifische Einrichtungen zu vermitteln. Um eine gute Vermittlung zu gewährleisten, wurden vorab mit dem/der Jugendlichen jeweils im Schnitt zwei bis drei Gespräche geführt. Betreuer*innen und Angehörige wurden partizipativ mit

einbezogen, es wurden Drogenscreenings veranlasst und begleitet. Auch begleiteten wir die Jugendlichen zur Jugendgerichtshilfe, zu Gerichtsverhandlungen, Hilfekonferenzen und stationären Jugendhilfeeinrichtungen in verschiedenen Berliner Bezirken.

Eine weitere Säule des Projektes ist das Fallcoaching der Betreuer*innen im JND/MND sowie die Schulung von Fachpersonal in Berliner Kriseneinrichtungen/ Inobhutnahmestellen. Für den kommenden Bewilligungszeitraum werden wir verstärkt auch einen Fokus auf konsumierende Kinder im Kindernotdienst KND, Kinder aus suchtblasteten Familien und die Schulung des Fachpersonals dort legen.

3.3. Angebote der Sozialen Teilhabe (Ambulante Psychosoziale Betreuung und Betreutes Wohnen)

Entsprechend der Vereinbarung des Notdienst Berlin e.V. mit der Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit, Pflege und Gleichstellung bieten wir ambulante Angebote der psychosozialen Betreuung für substituierte Drogenabhängige gemäß § 78 i.V.m. § 113 SGB IX an. Es handelt sich um Leistungen zur sozialen Teilhabe, mit denen volljährige substituierte Frauen und Männer dem jeweiligen individuellen Bedarf entsprechend unterstützt werden. Dies betrifft die Hilfebereiche „Selbstversorgung“, „Tagesgestaltung“, „persönliche und soziale Beziehungen“, „Beschäftigung, Arbeit und Ausbildung“ sowie „Sucht / Beikonsum“, ggf. auch wohnraumgestützt im Verbundwohnen Betreutes Wohnen. Betreuung, Beratung und Vermittlung erfolgen über ein Bezugsbetreuersystem im Einzelsetting. Bei deren geplanter oder ungeplanter Abwesenheit gibt es eine Co-Betreuung. Psychoedukation und soziales Training erfolgen auch im Gruppenverbund. Ergänzend bieten wir Freizeit-Angebote, die gerade in 2021 eine wichtige Bedeutung für die Klient*innen erlangten, da es weiterhin pandemiebedingt fehlende Angebote gibt. Alle Hilfen werden auch in aufsuchender, abholender, nachgehender oder begleitender Form geleistet. Die psychosoziale Betreuung unterliegt keiner bezirklichen Bindung und wird an verschiedenen Standorten in den Berliner Bezirken angeboten, in einigen Fällen auch für Menschen aus dem Brandenburger Umland.

Fachliche Schwerpunkte im Bereich der Sozialen Teilhabe allgemein (PsB und BW)

Wie bereits in dem vorangegangenen Jahr hatte das Thema rund um die Gesundheit, und hier allen voran die COVID- Pandemie, weiterhin einen hohen Stellenwert in der Betreuung. Die Auswirkungen der Pandemie waren vielerorts deutlich spürbar und insgesamt beherrschten auch in 2021 diese Themen den Betreuungsalltag. Ein Schwerpunkt der Betreuung lag im vergangenen Jahr in der Normalisierung der Bewältigung der pandemiebedingten Herausforderungen. Die Angebote unter den gegebenen und mehrfach anzupassenden Hygienemaß-

nahmen vorzuhalten und den Zielgruppen die notwendigen Orientierungshilfen zu bieten, war auch für die Betreuungseinrichtungen eine große Herausforderung. Die sonst den Betreuungsalltag prägenden Themen wie z.B. Konsum(-reduktion) und Alltagskompetenz, Behandlung von somatischen und psychischen Begleiterkrankungen, sicherer Wohnraum, ambulante Psychotherapie, Pflgeethemen, Familienunterstützung, aber auch zielgruppengerechtes Alterswohnen gerieten in den Hintergrund. Vermittlungstätigkeiten in andere Angebote waren auch in 2021 nur sehr eingeschränkt möglich, dies betraf auch Klinikaufenthalte z.B. zur Entzugsbehandlung oder zur Krisenintervention. Es etablierten sich jedoch auch neue Angebote bzw. Methoden wie das "walk to talk" oder auch alternative Aktivitäten im Sozialraum, hier vor allem im Freizeitbereich. Die sonst zahlreichen Gruppenaktivitäten konnten nur eingeschränkt angeboten werden. Trotzdem gelang es an einigen Standorten mit den Nutzer*innen partizipative Angebote zu entwickeln, so z.B. einen selbstorganisierten „Cafébetrieb“.

Für die Mitarbeitenden fanden verschiedene Fortbildungen statt, in der Regel digital, so z.B. zum Umgang mit herausforderndem Verhalten. Es gab auch in 2021 großes Interesse an den Inhalten, Leistungen und Wirkungsweisen psychosozialer Betreuung. Es gab Presseanfragen aber auch Veranstaltungen wie das Curriculum „Suchtmedizinische Grundausbildung“ für zukünftige Substitutionsärzt*innen, auf denen diese Betreuungstätigkeit vorgestellt wurde.

Der Einsatz eines neuen Dokumentations- und Abrechnungssystems im Träger wurde in 2021 weiter vorangetrieben und seit November 2021 erfolgt die Dokumentation im gesamten Betreuungsbereich ausschließlich über diese Software. Die anstehenden Veränderungen durch das BTHG, die Einführung der ICF konformen Hilfebedarfsermittlung und die geplante Einführung neuer Hilfebedarfserhebungsinstrumente wurden weiter aufmerksam verfolgt, z.T. auch mittels Teilnahme an Entwicklungsschulungen aktiv mitgestaltet. Eine diesbezügliche trägerinterne Fortbildungsreihe ist konzipiert und für 2022 geplant.

3.3.1. Ambulante Psychosoziale Betreuung (PsB)

Die Betreuungsleistungen werden erbracht in den vier Ambulanzen für Integrierte Drogenhilfe (A.I.D.) Kreuzberg, Neukölln, Friedrichshain und Lichtenberg (seit 2020) sowie in Einrichtungen im sogenannten „externen Praxenverbund“. In den Ambulanzen werden insbesondere Menschen medizinisch behandelt und psychosozial betreut, die komplexe, mitunter chronifizierte Erkrankungen aufweisen, neben der Opioidabhängigkeit sind weitere substanzbezogene Störungen sowie ein breites Spektrum psychischer und somatischer Ko-Morbidität mit den

einhergehenden gravierenden psychosozialen Belastungen zu benennen. Im Praxenverbund erfolgt die Betreuung durch tageweise Präsenz des Betreuungspersonals in verschiedenen Praxen (von einem bis fünf Mal wöchentlich) sowie in Betreuungsbüros.

Angebote:

In allen Einrichtungen zusammen wurden 803 (2020: 748) substituierte Personen im Berichtsjahr betreut, davon 234 weiblich. Die Zunahme erklärt sich v.a. durch die Eröffnung der vierten A.I.D. in Lichtenberg im Mai 2020. Von den betreuten Personen wurden 539, davon 140 weiblich, in den vier spezialisierten Ambulanzen betreut. Die Anzahl der Personen, die im Praxenverbund betreut wurden, betrug 264 Personen, ein hoher Prozentsatz (92 Personen) davon weiblich. Auch in anderen Betreuungssettings wurden vereinzelt PsB-Leistungen angeboten, z.B. im Frauentreff Olga für zwei Frauen oder in unserem Beschäftigungsprojekt tageswerkstatt für vier Personen. Von den genannten Personen hatten 191 einen Migrationshintergrund, was im Vorjahresvergleich (2020: 264) eine deutliche Reduzierung darstellt. Die Zahlen relativieren sich jedoch mit Blick auf das Jahr 2019 (181). Hauptherkunftsländer in 2021 waren die Türkei (25), Polen (17), Russland (12), Kasachstan (10), gefolgt vom Iran (8), Türkei (8), Italien (8) Libanon (6) sowie die Ukraine (5).

Die Altersstruktur der PsB-Klientel bleibt heterogen, vier Personen waren zwischen 18 und 20 Jahre alt, 113 zwischen 21 und 29, 276 zwischen 30 und 39 und 396 zwischen 40 und 49 Jahre alt. Insgesamt 174 Personen, und damit knapp 22%, waren älter als 49, 12 Personen sogar älter als 65 Jahre. Diese äußerst positive Entwicklung, dass opioidabhängige Menschen unter der medizinischen Substitutionsbehandlung ein hohes Lebensalter erreichen können, korreliert jedoch auch in 2021 damit, dass die Versorgung dieser Zielgruppe z.B. im Wohn- bzw. Pflegebereich nicht ausreichend gesichert ist.

Die PsB Maßnahme wurde in 2021 von 161 Personen beendet, davon planmäßig von 38 Personen. 42 Personen wurden in andere Maßnahmen, z.B. Betreutes Wohnen, vermittelt, zu disziplinarischen Beendigungen kam es in acht Fällen und 59 beendeten die Maßnahme vorzeitig. Etwas weniger, aber immer noch 14 Personen (16 im Vorjahr), sind im Berichtsjahr verstorben. Die Gründe hierfür sind divers und nicht immer eindeutig.

Von den Klient*innen lebten 77 Personen mit insgesamt 115 Kindern im eigenen Haushalt. Der hohe organisatorische und emotionale Aufwand bei der Durchsetzung der anspruchsvollen Notdienst-Kinderschutz-Standards, die Übernahme von Casemanagement-Aufgaben bei der nötigen Netzwerkarbeit und die speziellen Unterstützungsleistungen waren im Betreuungsalltag, und speziell unter Pandemiebedingungen, äußerst fordernd.

Fachliche Schwerpunkte im PsB Bereich

Trägerintern wurde temporär der wöchentliche Einsatz von Kolleg*innen der Suchtberatung an einem A.I.D. Standort erprobt. Hintergrund ist vor allem die deutliche Zunahme von Hilfebedarfen, die (noch) nicht über eine regelhafte PsB gedeckt werden, als Beispiel seien Menschen ohne Sozialversicherungsschutz genannt. Schnell deutlich wurde, dass dies eine sinnvolle Angebotserweiterung vor allem im Kontext der spezialisierten A.I.D.s ist, wo sich auch Menschen in die medizinische Behandlung begeben, die (noch) keinen Leistungsanspruch aber einen hohen Hilfebedarf vorweisen.

Räumliche Veränderungen gab es auch wieder in 2021, sei es durch die Veränderungen bei den Ärzt*innen aber vor allem auch durch einen auslaufenden Mietvertrag der A.I.D. Kreuzberg zum Jahresende. Hier wurde mit viel Unterstützung – auch durch den Bezirk und das Land Berlin – nach Alternativen gesucht. Außerdem gab es eine Demonstration zum Erhalt der Räumlichkeiten im Herbst. Leider führten all diese Maßnahmen nicht zum Erfolg und die Einrichtung musste zum Jahresende nach 20 Jahren den Standort verlassen. Die Suche nach geeigneten Räumlichkeiten läuft weiter, da ein gefundener Standort nur temporär zur Verfügung steht.

3.3.2. Betreutes Wohnen im Wohnverbund

In dieser Maßnahme wird neben der psychosozialen Betreuung auch Trägerwohnraum temporär zur Verfügung gestellt. Ein Schwerpunkt dieser Maßnahme besteht darin, die Bewohner*innen an das selbstständige Leben in Vorbereitung auf ein Leben in eigenem Wohnraum heranzuführen. Auch im Betreuten Wohnen werden die Bewohner*innen bei der Bewältigung alltagspraktischer, sozialer, gesundheitlicher oder justizieller Probleme unterstützt. Wir bieten Wohnraum in Form von Einzelzimmern in der Wohngemeinschaft, Einzelwohnungen sowie im Einzel-Appartementwohnen. Zusätzlich betreuen wir Klient*innen im eigenen Wohnraum. An den Standorten stehen den

Bewohner*innen offene Kontaktbereiche zur Verfügung. Betreuer*innen sind dort auch in Krisenfällen oder zur Erstinformation für Bewohner*innen regelhaft ansprechbar. Das Betreuungsangebot besteht bei Hilfebedarf auch nach behandlungskonformer Absetzung des Substitutes.

2021 konnten wir berlinweit 152 Wohnplätze an sechs verschiedenen Standorten vorhalten (2020: 151). Insgesamt wurden im Jahresverlauf 179 Personen betreut, davon 10 im eigenen Wohnraum. 46 Personen beendeten die Maßnahme, davon planmäßig 21,7%, 26,1% vorzeitig und 17,4% mussten aus disziplinarischen Gründen entlassen werden. Vier Personen sind im vergangenen Jahr verstorben und 12 wurden in andere Einrichtungen vermittelt. Die Gesamtzahl der Betreuten ist im Vergleich zum Vorjahr (2020:167) gestiegen, hauptursächlich ist das neue Angebot des Appartement-Wohnens in der Arnulfstraße.

110 (78,8%) der Betreuten waren zwischen 30 und 50 Jahre alt (2020: 84%), 8,4% waren jünger als 30 Jahre (2020: 8%) und 12,8% der Klient*innen* hatten das 50. Lebensjahr überschritten (2020 8%). Der Altersdurchschnitt der Bewohner*innen hat sich somit zum Vorjahr nur geringfügig verändert, deutlich angestiegen ist die Anzahl der über 50jährigen (23 Personen). 18 Personen hatten einen Migrationshintergrund, davon sechs aus der Türkei, je vier aus Kasachstan und Italien, es folgten mit je zwei Personen die Herkunftsländer Russland und Libanon. Die Geschlechterquote blieb mit 86% männlich und 14% weiblich gänzlich unverändert zum Vorjahr.

Aufgrund der angespannten Situation auf dem Berliner Wohnungsmarkt ist die Weitervermittlung von Klient*innen in eigenen Wohnraum deutlich erschwert. Es gelang, wie im Vorjahr, sieben Personen in eigenen Wohnraum zu vermitteln und 12 zogen zu Familienangehörigen oder anderen Bezugspersonen. 18 Klient*innen wurden in weiterführende Wohn- oder Behandlungsangebote, z.B. in Therapien oder andere Formen des Betreuten Wohnens, vermittelt (2020: 22). Die durchschnittliche Verweildauer stellt sich folgendermaßen dar: 19,5% der Bewohner*innen nutzten das Angebot lediglich bis zu einem halben Jahr (Vorjahr 24%), eine leichte Reduzierung zum Vorjahr. Über die tatsächlichen Gründe kann nur spekuliert werden, sicherlich ist die immer schwierigere Vermittlung in eigenen Wohnraum bzw. alternativer Angebote mit ursächlich. 43,5% nahmen die Betreuung 7-24 Monate in Anspruch (46% in 2020) und länger als zwei Jahre wurden 37% der Klient*innen betreut (2020 30%). Damit zeichnet sich auch im Folgejahr eine leicht verlängerte Verweildauer ab, wogegen die Zahl der vorzeitigen Beendigungen konstant blieb. Dies spricht für eine gute Haltekraft der Maßnahme.

Fachliche Schwerpunkte im BW

Die durch Mitgliedschaft in der gemeinnützigen Wohnbau Genossenschaft GENIUS angemieteten Einzel-Appartements in der Arnulfstraße wurden ab Frühjahr 2021 bezogen. Dieses neue Angebot kommt vor allem älteren Bewohner*innen zugute, die in ihrem eigenen Wohnraum leben möchten, bei gleichzeitiger Option der Gemeinschaft mit anderen Bewohner*innen auch anderer Träger. Die Auseinandersetzung mit den damit einhergehenden veränderten Anforderungen im Betreuungsalltag erfolgte im Jahresverlauf vor allem in den Teamsitzungen aber auch im Austausch mit den anderen Trägern.

Im Herbst fand ein interner Fachtag für die Mitarbeiter*innen des Fachbereiches statt. Schwerpunktthemen waren die neuen gesetzlichen Grundlagen durch das WBVG sowie das BTHG. Hervorzuheben bleibt, dass aufgrund der allgemeinen Entwicklung des Wohnungsmarkts das originäre Betreuungsziel im Betreuten Wohnen, die Vermittlung in eigenen Wohnraum, als kaum noch machbar beschrieben werden muss. Die faktische Unerreichbarkeit von eigenem Wohnraum trägt weiter zu einer „Verstopfung“ des Hilfesystems Betreutes Wohnen bei.

3.4. Beschäftigung, Qualifizierung, Tagesstruktur

3.4.1. Tageswerkstatt

Unsere Tagesstruktureinrichtung mit integrierten Qualifizierungs- und Arbeitsangeboten bietet suchterkrankten Menschen Leistungen, die vor allem der beruflichen und sozialen Eingliederung dienen, sowie eine konkrete Teilhabe an der Gesellschaft ermöglichen. Eigene Fähigkeiten, Möglichkeiten und Bedürfnisse werden aktiviert und eingebracht, individuelle Voraussetzungen für weitere Maßnahmen, insbesondere in Richtung Arbeit und Beschäftigung, werden geschaffen oder gestärkt.

Der Bereich Arbeit und Beschäftigung im Notdienst Berlin e.V. umfasst tagesstrukturierende Angebote, ESF geförderte Qualifizierungen und AGH/ MAE Maßnahmen. Langzeitarbeitslosen mit einer Suchtmittelproblematik, die aufgrund verschiedener Vermittlungshemmnisse Schwierigkeiten in der (Wieder-) Eingliederung in den Arbeitsmarkt haben, bieten wir gemeinsam mit den Jobcentern Tempelhof-Schöneberg, Mitte und Charlottenburg-Wilmersdorf geeignete Maßnahmen an.

Aufgrund der Corona-Pandemie mussten wir unsere AGH Plätze drastisch einschränken, so dass im vergangenen Jahr nur 22 Teilnehmerplätze in den Tätigkeitsfeldern Fahrradwerkstatt, Hauswirtschaft (Küchen- und Wäschebereich) sowie Natur- und Umfeldservice zu Verfügung standen. Für diese Tätigkeit erhielten die Teilnehmer*innen eine vom Jobcenter bezahlte Aufwandsentschädigung.

Eine Zuwendung des Landes Berlin fördert zusätzlich sehr niedrigschwellig und ohne formale Zugangshürden Teilnehmer*innen, die ein tagesstrukturierendes, sozialpädagogisches und ergotherapeutisch orientiertes Setting benötigen, um soziale Isolation und Dekompensation zu lindern und, wo möglich, zu verhindern. Zuletzt boten wir im Berichtsjahr ESF-Qualifizierungen in den Bereichen Holz, Nähen, Küche, Hauswirtschaft, Natur und Garten an. Die Wahl der Maßnahme entscheidet sich im Wesentlichen danach, ob es sich um Leistungen zur Förderung von Alltagskompetenz, Tagesstruktur und Kontaktgestaltung handelt oder ob es um die Schaffung der Voraussetzungen für Beschäftigung, Arbeit und Ausbildung geht.

Insgesamt haben 107 Personen (davon 11% weiblich) die verschiedenen Maßnahmen besucht, einige davon nahmen an mehreren Aktivitäten teil. 89 Personen besuchten ESF-Qualifizierungskurse, den Bereich der Tagesstruktur nutzten 62 Personen, 45 beschäftigten sich in AGH/MAE Maßnahmen und 16 Personen leisteten ihre Arbeit-statt-Strafe-Stunden, vorzugsweise im Außenbereich, ab. Vier Personen wurden im Rahmen ihrer medizinischen Behandlung (Substitution) begleitend psychosozial (PsB) in der Tageswerkstatt betreut. Der Bedarf an tagesstrukturierender Beschäftigung ist gestiegen. Um diesen Bedarfen gerecht zu werden, wurden den Teilnehmenden reduzierte Arbeitstage/Woche, z.B. nur zwei statt vier Tage/Woche, angeboten, was zu einer Steigerung der Anzahl der Teilnehmenden in den tagesstrukturierenden Angeboten geführt hat.

Das durchschnittliche Alter der Teilnehmenden setzte sich wie folgt zusammen: 28% waren zwischen 30 und 39 Jahre alt, 33 % zwischen 40 und 49 und 28% über 49 Jahre alt. Mehr als 10% wiesen einen polyvalenten Konsumgebrauch auf, knapp 54% waren Opioid- und 23% alkoholabhängig. 5% wiesen eine manifeste Cannabisabhängigkeit auf. Einige Teilnehmer*innen nutzten mehrere Angebote und besuchten z.B. Tagesstrukturangebote und wechselten in eine AGH Maßnahme. Dieser Weg ist gewollt und funktioniert in jede Richtung problemlos.

Berlin-Wahl zum Abgeordnetenhaus und zur Bezirksverordnetenversammlung

2

Wahlzettel

Wahlberechtigte sind alle in der Gemeinde registrierten Wahlberechtigten, die am Wahltag ihren Wohnsitz in der Gemeinde haben.

1. SPD

2. CDU

3. GRÜNE

4. DIE LINKE

5. AfD

6. FDP

7. Die PARTEI

8. Tierschutzpartei

21. dieBasis

Wahlzettel

Wahlberechtigte sind alle in der Gemeinde registrierten Wahlberechtigten, die am Wahltag ihren Wohnsitz in der Gemeinde haben.

1. SPD

2. CDU

3. GRÜNE

4. DIE LINKE

5. AfD

6. FDP

7. Die PARTEI

8. Tierschutzpartei

19. PIRATEN

20. GOP

21. dieBasis

22. DIE WÄHLER

23. WIRTSCHAFTSPARTAI

24. WIRTSCHAFTSPARTAI

25. LG

Wahlzettel

Wahlberechtigte sind alle in der Gemeinde registrierten Wahlberechtigten, die am Wahltag ihren Wohnsitz in der Gemeinde haben.

17. MENSCHLICHE WELT

18. B'

19. GOP

20. TIERSCHUTZ

21. dieBasis

22. Bildet Berlin

23. Die Grünen

24. die

25. die

26. die

27. die

28. die

29. BÜNDNIS21

30. FREIE WÄHLER

31. Klimaliste Berlin

32. MIETPARTei

33. Die Humanisten

34. Team Todenhöfer

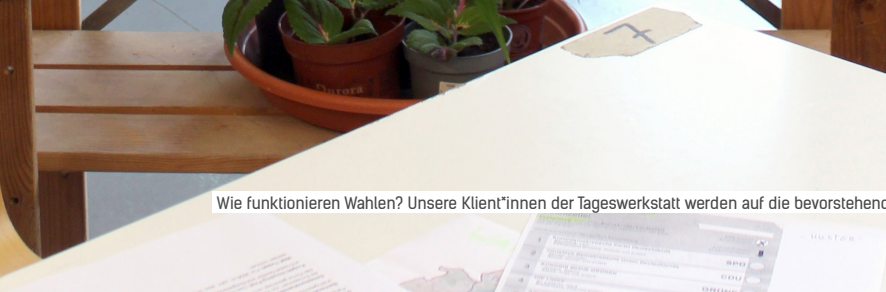
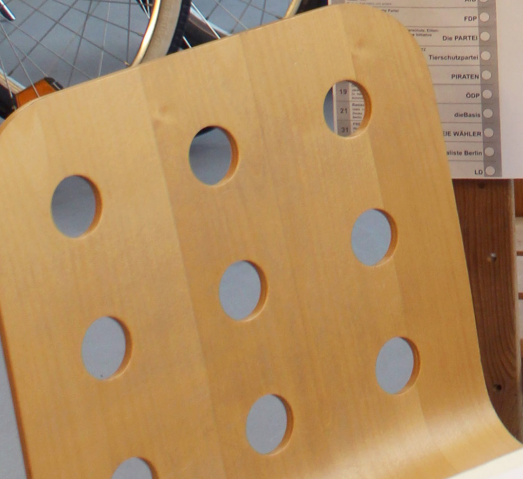
35. die

36. die

37. die



Wie funktionieren Wahlen? Unsere Klient*innen der Tageswerkstatt werden auf die bevorstehenden Wahlen vorbereitet



Aufgrund der Pandemielage fand das Angebot der tageswerkstatt nur im beschränkten Rahmen statt, so fielen leider ein geplantes Sommerfest und ein gemeinsamer Ausflug sowie die Teilnahme am Rixdorfer Weihnachtsmarkt aus. Dennoch konnte ein Theaterprojekt, organisiert durch Student*innen der Sozialen Arbeit der Evangelischen Fachhochschule, realisiert werden, sowie ein politischer Tag, wo die Teilnehmenden über die Bundestagswahl und das Wahlprogramm der jeweiligen Parteien aufgeklärt wurden. Wir hoffen sehr darauf, dass wir im Jahr 2022 wieder mit gemeinsamen Ausflügen, diversen Festen und Gruppen loslegen können.

3.4.2. Kiezcleaner und Fegeflotte

Auch im Jahr 2021 konnte das Reinigungsprojekt Kiezcleaner, gefördert durch das Bezirksamt Mitte, angeboten werden. Zweimal in der Woche wurden öffentliche Plätze rund um den Kurfürstentempelhof von Hinterlassenschaften der Sexarbeit und von Konsumutensilien befreit. Dies diente vor allem der Verbesserung des Umfeldes.

Im Jahr 2021 wurden der Kurfürstentempelhof und zusätzlich eine Grünfläche am U-Bahnhof Osloer Straße sowie U-Bahnhof Hansaplatz gereinigt. Es fanden 112 Einsätze statt, dabei wurden 4.489 benutzte Kondome und 389 Spritzen bzw. Kanülen entsorgt, durchschnittlich kamen jeweils drei 120 Liter Müllsäcke mit weiterem Unrat hinzu. Auffällig war die besondere Verschmutzung jeweils zum Monatsbeginn, aber aufgrund der Corona-Pandemie war deutlich mehr Verpackungsmüll zu finden. Die Einsätze wurden von suchterkrankten Teilnehmer*innen der tageswerkstatt durchgeführt. Es gab eine relativ feste Gruppe von acht Personen, die diese Tätigkeit zuverlässig durchführte.

Auch über das Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg konnte ein Reinigungsprojekt fortgeführt werden: die Fegeflotte. Die Fegeflotte ist ebenfalls im Kurfürstentempelhof unterwegs, legt aber ein besonderes Augenmerk auf den Bezirk Tempelhof-Schöneberg. Es erfolgten 100 Einsätze, 2.150 benutzte Kondome und 257 Spritzen bzw. Kanülen wurden gefunden und fachgerecht entsorgt.

Die regelmäßige Reinigung führte zu einem nachweislich saubereren Kiez, was seitens der Anwohnerschaft oftmals auch an unsere Teilnehmenden kommuniziert wurde. Dieses positive Feedback war sehr im Sinne eines guten Miteinanders im Sozialraum und führte gleichzeitig auch zur Stärkung der Selbstwirksamkeit bei den Teilnehmenden.

3.5. Frauentreff Olga

Zielgruppe des Frauentreffs Olga sind primär suchterkrankte Frauen, Sexarbeiterinnen und Transfrauen. Die Besucherinnen können sich in der frauenspezifisch arbeitenden Einrichtung voraussetzungslos aufhalten und das Café-Angebot als Schutzraum nutzen. Sie erhalten im Rahmen des niedrigschwelligen Angebots medizinische und allgemeine Grundversorgung sowie Informationen zu Themen wie „safer use“ und „safer sex“. Die Besucherinnen können sich zu allen Themen in Zusammenhang mit Sexarbeit und Sucht beraten lassen, insbesondere auch zu Migrationsfragen und dem Prostituiertenschutzgesetz. Es gibt ferner die Möglichkeit, zu wichtigen Terminen begleitet zu werden. Für substituierte Frauen bietet der Frauentreff Olga psychosoziale Betreuung im Rahmen der Substitutionsbehandlung an. Zweimal wöchentlich bieten Ärztinnen eine allgemeinärztliche, zweimal im Monat eine gynäkologische Sprechstunde. Schwerpunkt liegt hier neben der medizinischen Grundversorgung auf den STI-Testangeboten, sowie Verhütungsthemen und einer Schwangerschaftsbegleitung. Tägliche Streetwork, regelmäßige Rechtsberatung und thematisch wechselnde Aktions-Wochen runden das Angebot ab. Das gesamte Angebot ist auf Ungarisch, Bulgarisch, Rumänisch, Russisch, Spanisch, Englisch und Deutsch verfügbar.

Der Frauentreff wurde in 2021 täglich von durchschnittlich 51 Frauen besucht, ein deutlicher Anstieg im Vergleich zum Vorjahr (35). Insgesamt gab es 15418 Kontakte (2020: 8762) an 255 Öffnungstagen, auch hier zeigt sich deutlich die Auswirkung der Erweiterung der Öffnungstage von 4 Tagen in 2020 zu 6 Tagen in 2021. Die intensiven regelmäßigen Beratungs- und andere Termine wurden hingegen nur von 309 Frauen wahrgenommen, das sind deutlich weniger als in 2020 (386). Auch in der medizinischen Abteilung war ein Rückgang der Zahlen deutlich, hier wurden monatlich durchschnittlich 161 Behandlungen und Beratungen vorgenommen (2020: 185). Es kamen also insgesamt deutlich mehr Frauen, diese nutzten die Angebote jedoch nur zum Kurzkontakt und hier vor allem die Versorgungsangebote des Kontaktladens.

Dies zeigt auch die Ausgabezahl von Kondomen, die nach der Verringerung in 2020 aufgrund des pandemiebedingten Arbeitsverbots für die Sexarbeiterinnen, wieder erheblich anstieg. Im Berichtsjahr waren es rund 73000 (2020: 51000, 2019: 70000), wohingegen die Ausgabe von Konsumutensilien mit etwa 19000 Kanülen und 9500 Spritzen relativ stabil blieb. Auch bei der Streetwork gab es Steigerungen, so wurden etwa 16.500 (2020: 16000) Kondome verteilt und es fanden insgesamt 5783 (2020: 4133) Kontakte auf der Straße statt. Diese Steigerungen sind zurückzuführen auf die Aufhebung des Berufsverbots im Juni des Berichtsjahres, seitdem arbeiteten wieder mehr Frauen auf der Straße.

Die gemeinsame Streetwork mit Sexarbeiterinnen im Sinne des Peers-Ansatzes fand auch in 2021 insgesamt acht Mal statt und ist ein gutes ergänzendes Angebot.

Bei den Besucherinnenzahlen gab es im Vergleich zum Vorjahr ferner eine nennenswerte Veränderung: die Zahl der trans Frauen, die den Frauentreff besuchten, verdoppelte sich und stieg von 3 auf 6%. Dies ist einerseits zurückzuführen auf die schwierigen Lebenssituationen vieler trans Sexarbeiterinnen, andererseits auf eine intensivere Zusammenarbeit mit der Peerinitiative Trans*Sexworks, die vermehrt in den Frauentreff vermittelten. Die Zahlen der Besucherinnen, ausgewertet nach Herkunft, blieben 2021 stabil: 38,5% der Besucherinnen stammten aus Bulgarien, 23% aus Ungarn, 17,5% aus Deutschland, 3,5% aus Rumänien und 12% aus anderen Ländern.

Es kam zudem im Rahmen der Prostituiertenschutzgesetz-Sprechstunde durchschnittlich pro Monat zu 31 Beratungen (2020: 29) und einer Begleitung (2020: 3). Die gynäkologische Sprechstunde fand insgesamt 20 Mal statt und wurde durchschnittlich von sieben Frauen besucht. Es gab vier Termine an denen sich Besucherinnen im Olga gegen Covid impfen lassen konnten und dieses Angebot wurde insgesamt 154 x genutzt. Im Rahmen der Substitutionsbehandlung wurden zwei Frauen im Frauentreff Olga begleitend psychosozial betreut.

Die Teilnahme des noch bis Jahresende 2021 geförderten Nachbarschaftsprojekts an Veranstaltungen im Kiez war pandemiebedingt weiterhin eingeschränkt. Das Nachbarschaftsprojekt nahm an insgesamt sieben Veranstaltungen teil sowie an 11 Netzwerktreffen. Ferner wurde regelmäßig zur Sensibilisierung der Sexarbeiterinnen das Sprühen von Piktogrammen auf Gehsteigen vor Kinder- und Jugendeinrichtungen vorgenommen und es fand eine Aktionswoche für Besucherinnen im Frauentreff statt mit einer Umfrage und Aufklärung zu dem Thema Piktogramme.

Fachliche Schwerpunkte

Auch das Jahr 2021 war im Frauentreff Olga geprägt von der Covid-19-Pandemie. Obwohl die Dienstleistungsangebote grundsätzlich nicht eingeschränkt wurden, waren die Nutzungsbedingungen über das gesamte Jahr angepasst. Dies betraf sowohl die Anzahl der sich zeitgleich im Kontaktladen aufhaltenden Besucherinnen als auch deren Aufenthaltszeit. Die Auseinandersetzung mit der Pandemie als solches und



Kultursenator Klaus Lederer und Fraktionsvorsitzende der Linken, Anne Helm (ganz rechts) zu Besuch im Frauentreff DLGA

deren Auswirkungen auf die persönlichen Schutzmöglichkeiten waren Dauerthema, sowohl in den Kontakten bei der aufsuchenden Arbeit und im Kontaktladen als auch in den Beratungsgesprächen. Weitere Schwerpunkte waren vor allem eine Aktionswoche zum Thema Sensibilisierung der Sexarbeiterinnen für das Arbeitsumfeld in einem Wohn- und Gewerbegebiet sowie regelmäßige Aktivitäten zum Thema „safer sex“ und „safer use“. Zudem erfolgte auch im vergangenen Jahr weiterhin eine intensive Auseinandersetzung mit den Themen rund um Transpersonen in der Sexarbeit, dies in 2021 noch einmal intensiviert durch die bereits benannte Zusammenarbeit mit der Peerinitiative Trans*Sexworks.

3.6. Notübernachtung Krisenwohnung

Die Krisenwohnung ist ein niedrigschwelliges Angebot, das wohnungs- und obdachlosen suchterkrankten Menschen eine Übernachtungsmöglichkeit zur Verfügung stellt und nach dem Grundsatz der anonymen, kostenlosen und unbürokratischen Aufnahme arbeitet. Ziel des Angebots ist, neben dem Bereitstellen von Schlafplätzen, die Stabilisierung der jeweiligen Lebenssituation. Eine medizinische Sprechstunde, die Vergabe von Konsumutensilien sowie Informationen zu Harm Reduction sind ebenso Teil des Konzeptes, wie die Ausgabe von kostenfreiem Essen und Kleidung aus der Kleiderkammer. Die Öffnungszeiten der Einrichtung sind mit denen des Drogennotdienstes abgestimmt, sodass für Betroffene eine Versorgung und Betreuung in Krisensituationen für 24 Stunden sichergestellt ist. Aufnahme und Weitervermittlung erfolgen tagsüber über die Beratungsstelle und ab 19.00 Uhr direkt in der Einrichtung.

Bedingt durch die Corona-Pandemie und den damit einhergehenden Hygienebestimmungen und Abstandsregelungen, musste das Angebot angepasst und die Platzzahl der aufzunehmenden Klient*innen verringert werden. Den Räumlichkeiten entsprechend wurde die Bettenzahl auf 12 plus zwei Notfallplätze reduziert. Das in 2020 eingeführte Bestandsklient*innen-Modell wurde weitestgehend gelockert, um einer Vielzahl an wohnungslosen bzw. obdachlosen Menschen einen temporären Schlafplatz zu ermöglichen.

Es war von Anfang an vorgesehen, dass der zu der Zeit genutzte Einrichtungsstandort in Berlin Moabit als Zwischenlösung dient, bis umfangreiche Umbaumaßnahmen im Nachbargebäude abgeschlossen und ein dauerhafter Betrieb der Krisenwohnung am neuen Standort möglich ist. Bei dieser Standortentwicklung war der Träger aktiv beteiligt. Bedauerlicherweise verschoben sich die Umbauarbeiten deutlich nach

hinten, sodass ein nahtloser Umzug zeitlich nicht möglich war. Ab dem 02. August stellten wir daher in der Nollendorfstraße 38, in den tragereigenen Räumlichkeiten des „Betreuten Wohnens“, die Betreuung unserer Klient*innen weiterhin sicher. Schwerpunktmäßig wurden von 18.00 – 22.00 Uhr folgende Leistungen angeboten:

- Verweisberatung und Vermittlung von Schlafplätzen
- Krisenintervention
- Vergabe von Bekleidung, Ausgabe von Speisen und Getränken, Mitgabe von Schlafsäcken etc.
- Harm Reduction, Safer Use und medizinische Versorgung
- Telefonberatung – täglich 24 Stunden



Im Berichtszeitraum 2021 standen bis Ende Juli 2544 Übernachtungsmöglichkeiten zur Verfügung, bei einer durchschnittlichen Belegungs-kapazität von 12 Betten plus max. zwei Notbetten. Daraus resultierend lag die Anzahl der tatsächlichen Übernachtungen im Jahr 2021 bei insgesamt 2168 – dies entspricht einer Übernachtungsquote von 85,2%. Der Anteil der Frauen lag bei rund 6,5% (bei durchschnittlich 309 Betten im Monat á 20 Frauen), was eine positive Entwicklung im Jahresvergleich abbildet. Auch im Jahr 2021 wurden angemeldete Klient*innen bzw. reservierte Übernachtungsplätze dokumentiert, die den Übernachtungsplatz nicht nutzten. Darunter fallen Klient*innen, die entweder:

- von Drogenhilfeeinrichtungen angemeldet wurden und nicht erschienen sind
oder
- bereits einen Übernachtungsschein hatten, den Schlafplatz jedoch nicht nutzten.

Diese wurden gesondert gezählt, da die Übernachtungsplätze frei gehalten und somit nicht anderweitig vergeben werden konnten: Analog anderer Übernachtungseinrichtungen handelt es sich hierbei um belegte Betten. Im Jahr 2021 wurden insgesamt 92,5% der verfügbaren Übernachtungsplätze im Vorfeld reserviert – dies entspricht einer Zahl von 2352 Reservierungen.

4. Vereinsweites

4.1. Geschäftsstelle

Die Verwaltung des Notdienst Berlin e.V. setzt sich zusammen aus den Mitarbeiter*innen in der Geschäftsstelle (Hauptverwaltung des Vereins) und den Verwaltungsmitarbeiter*innen und Empfangskräften, die die Arbeit in den Einrichtungen vor Ort unterstützen. In der Geschäftsstelle des Notdienst Berlin e.V. arbeiteten, neben der Geschäftsführung, 12 Mitarbeiter*innen in den Bereichen Finanzbuchhaltung, Controlling, Personalsachbearbeitung, Zuwendungsbearbeitung, Assistenz der Geschäftsführung und Sekretariat. Dazu kommen die Stabsstellen Qualitätsbeauftragte und Referentin für Öffentlichkeitsarbeit, die ebenfalls an die Geschäftsstelle angebunden sind.

Vorstand und Geschäftsführung haben die Entscheidung getroffen, die Stelle der Verwaltungsleitung wieder einzuführen und damit aus der Geschäftsführung herauszulösen. Die Verwaltung hat eine zentrale Funktion für den gesamten Verein. Die Aufgaben sind sehr vielfältig und anspruchsvoll, die Anforderungen an die Verwaltung sind in den letzten Jahren weiter gestiegen. Zunächst wurde eine zeitlich befristete Projektstelle geschaffen und besetzt, um einen guten Aufbau der Stelle gewährleisten zu können. Die personellen Probleme in der Finanzbuchhaltung konnten leider auch in 2021 nicht vollständig gelöst werden. Eine wirklich schwere und leider auch lange Zeit für die verbliebenen Mitarbeiter*innen des Rechnungswesens.

4.2. Vereinsverwaltung

In den Vereinseinrichtungen waren im Berichtsjahr 12 Verwaltungsmitarbeiter*innen bzw. Empfangskräfte beschäftigt. Damit verfügen fast alle Vereinseinrichtungen über eine Unterstützung bei der Organisation des Tagesgeschäfts.

4.3. Qualitätsmanagement

Ein hoher Qualitätsstandard ist im Notdienst Berlin e.V. kulturell verankert und nachhaltig auf allen Ebenen etabliert. Unverändert hat daher das Qualitätsmanagement im Verein eine große Bedeutung. Ziel ist die laufende Anpassung und Optimierung der internen Prozesse an die Anforderung unserer Kund*innen. Grundlage ist das System PQ-Sys des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, was sich eng an den ISO-Normen DIN EN ISO 9001 anlehnt.

Das QM wird gesteuert über die Qualitätsmanagementbeauftragte des Vereins, die die Geschäftsführung in der Anpassung und Umsetzung der Standards unterstützt.

Die Corona Pandemie machte auch in 2021 eine ständige Aktualisierung der beschriebenen Maßnahmen zum Infektionsschutz und der Hygienemaßnahmen innerhalb der Einrichtungen des Vereins notwendig. Änderungen gesetzlicher Regelungen und Vorgaben mussten fast tagesaktuell in umsetzbare Arbeitsanweisungen für die Mitarbeiter*innen des Vereins „übersetzt“ werden. Maßgabe allen Handelns war dabei, wie auch im Jahr zuvor, Mitarbeiter*innen und Klient*innen bestmöglich zu schützen und dabei unter den gegebenen Umständen die Versorgung der Klient*innen möglichst weitreichend aufrecht zu erhalten. Für die neuen Angebote der online-Beratung via Chat, E-Mail oder Videochat wurden datenschutzkonforme Prozesse aufgesetzt.

Die Einführung einer neuen Dokumentationssoftware machte die Anpassung aller darauf bezogenen Prozesse notwendig. Und mit der sukzessiven Anpassung an die Vorgaben des BTHG wurde das komplette Vertragswerk des Betreuten Wohnens juristisch überprüft und überarbeitet. Wie in jedem Jahr fanden turnusmäßig Arbeitsschutz-Begehungen der Vereinseinrichtungen durch einen extern beauftragten Sicherheitsingenieur und eine Arbeitsmedizinerin statt. Die Gefährdungsbeurteilung des Vereins wurde aktualisiert.

4.4. Öffentlichkeitsarbeit

Im Berichtsjahr wurden die vielfältigen Aktivitäten weitergeführt. Interne und externe Kommunikation hat mittels unserer speziellen Newsletter und auch mithilfe unserer Website gut funktioniert. Die Website wurde zudem fortlaufend an die Angebotsstruktur angepasst.

Bemerkenswert war die mediale Resonanz auf unsere Aktivitäten rund um unser Anliegen in Sachen „Neuer Standort für die AID Kreuzberg“.

Fast alle berlinweit tätigen Medien haben über uns berichtet (u. a. Der Tagesspiegel, Berliner Zeitung, Berliner Rundschau, Berliner Morgenpost, BZ, BILD, Die Welt, rbb-Abendschau). Zudem wurden wir von Pressevertreter*innen häufig angefragt zum Thema „Auswirkungen der Pandemie auf das Suchtverhalten der Bevölkerung“.

4.5. Fortbildungen

Die Fortbildungen für unsere Mitarbeiter*innen konnten im Berichtsjahr fast uneingeschränkt durchgeführt werden. Einige Veranstaltungen – gerade am Anfang des Jahres – wurden pandemiebedingt online oder in hybrider Form (Präsenz mit kleiner Teilnehmerzahl sowie online) durchgeführt, ab dem 3. Quartal 2021 mit entsprechendem Hygienekonzept dann zunehmend auch in Präsenz.

Schwerpunkte waren neben den obligatorischen Fortbildungen (z. B. Motivational Interviewing, Straf- und Sozialrechtsthemen, Drogennotfalltraining, psychische und somatische Co-Morbidität) vor allem Themen, die mit den Auswirkungen des Bundesteilhabegesetzes einhergehen. Zudem wurde ein regelmäßiger Workshop für Führungskräfte ins Leben gerufen, in dem es vor allem um Personalthemen geht.

4.6. Personal

Im Berichtsjahr arbeiteten durchschnittlich 193 (2020:188) festangestellte Mitarbeiter*innen im Verein. 56 arbeiteten in Vollzeit, 137 Mitarbeiter*innen waren in Teilzeit beschäftigt. Dies entsprach einem Anteil von 29% an Vollzeitstellen. Rund 73 % der Notdienstmitarbeiter*innen waren Frauen, das durchschnittliche Alter lag bei 40 Jahren. Unser großer Dank gilt unseren 24 Ehrenamtler*innen. Auch im Berichtsjahr haben wir wieder zahlreiche Praktikant*innen, vor allem aus dem Bereich „Soziale Arbeit“, ausgebildet. Der Notdienst Berlin e.V. verzeichnete im Berichtsjahr eine Fluktuationsrate von 15% – etwas niedriger als die Fluktuation im Jahre 2020 (16%). Der Notdienst Berlin e.V. verfügt über einen Betriebsrat mit sieben Mitgliedern. Der Betriebsrat und die Geschäftsführung arbeiten vertrauensvoll im Sinne des Vereins zusammen. Es gab auch in 2021 regelmäßige Monatsgespräche zwischen der Geschäftsführung und dem Betriebsrat.

4.7. Kooperationen und Netzwerke

Auch in 2021 wurden unsere bereits bestehenden Kooperationen und Netzwerke gepflegt, sinnvoll genutzt und wir haben uns an den verschiedenen Fachgremien aktiv beteiligt.

Allerdings ist zu beobachten, dass durch die Pandemiebeschränkungen einige Kooperationen wieder neu belebt werden mussten – sei es, weil sich das Personal veränderte, sei es, weil – wie es sich z. B. bei einigen Entgiftungsstationen im Klinikbereich zeigt – Entzugsbetten temporär abgebaut und die Ressourcen in anderen medizinischen Fachbereichen eingesetzt wurden.

In 2021 wurde ein neues Gremium ins Leben gerufen: Das Land Berlin beauftragte im Berichtsjahr das Forschungsinstitut delphi damit, ein neues Landeskonzept Sucht zu entwickeln. Der Notdienst bringt sich in den Prozessen aktiv ein, die Geschäftsführung ist zudem Teil des Beirats, der den Gesamtprozess unterstützt.

Weitere erwähnenswerte Kooperationen sind:

- Das Netzwerk Sucht und Arbeit, an dem sich alle Suchthilfeträger, die ESF geförderte Qualifizierungsmaßnahmen anbieten, aktiv beteiligen
- Der Notdienst Berlin e.V. ist Teil des Integrierten Regionalen Suchthilfedienstes (IRSD) in den Regionen 1 (Südwest), 2 (West) und 6 (City)
- Der Notdienst Berlin e.V. hat mit allen Regionen, in denen er tätig ist, Kinderschutzvereinbarungen mit den Bezirken geschlossen
- Berlin-Brandenburg-weite Kooperation mit Krankenhäusern und Reha-Kliniken
- Berlin und deutschlandweite Kooperationen mit Suchthilfeanbietern
- Deutschlandweite Kooperationen mit medizinischen Fachkliniken
- Der Notdienst Berlin e.V. ist u. a. Mitglied im Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband, im Deutschen Verein für öffentliche und private Vorsorge e.V. und im Fachverband der Drogenhilfe in Deutschland – dem Fachverband Drogen- und Suchthilfe e.V. (fdr).
Der Notdienst Berlin e.V. ist zudem Mitglied in der European Foundation of Drug Helplines (FESAT).
- In 2019 sind wir der Paritätischen Tarifgemeinschaft (PTG e.V.) unseres Dachverbandes beigetreten.

Zudem engagieren wir uns in der Deutschen Gesellschaft für Suchtmedizin e.V. (DGS), in der Deutschen Gesellschaft für Kinderschutz in der Medizin e.V. (DGKiM) und beim Institut für Kinder- und Jugendhilfe (IKJ).

Der Notdienst Berlin e.V. engagiert sich im Verbund „Irre gut Wohnen“ und der Agentur „Inklusiv Wohnen“ und ist Gründungsmitglied der Baugenossenschaft „Genius“.

5. Finanzierung

Die Finanzierung unserer Projekte ist vielfältig. Sie kann eingeteilt werden in:

- Landeszuwendungen, dazu gehören vor allem Zuwendungen aus dem IGPP
- Bezirkliche Zuwendungen
- Zuwendungen aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF)
- Sonstige Zuwendungen Anderer, auch Stiftungen
- Entgelte für Fachleistungsstunden für die psychosoziale Betreuung Substituierter gemäß § 78 i.V.m. § 113 SGB IX
- Entgelte für betreutes Gruppenwohnen für substituierte Drogenabhängige gemäß § 78 i.V.m. § 113 SGB IX
- Entgelte für ambulante sozialpädagogische Erziehungshilfen gemäß §§ 27 ff. SGB VIII
- Fallpauschalen für AGH nach § 16 d SGB II
- Ambulante Nachsorge im Anschluss an eine medizinische Rehabilitation

Alle Leistungen werden auf der Grundlage aktueller Verträge / Vereinbarungen erbracht.

Im Berichtsjahr konnten Spenden und Bußgelder akquiriert werden. Auch wenn diese zusätzlichen Mittel nur in einem geringen Umfang eingeworben werden konnten, haben diese finanziellen Mittel einzelne Projekte sehr unterstützt.

Notdienst für Suchtmittelgefährdete und -abhängige Berlin e.V.
Gewinn- und Verlustrechnung für 2021

			31.12.2021 €	31.12.2020 Tsd €
1	Umsatzerlöse		8.300.425,48	7.476
2	Erhaltene Zuwendungen		4.199.755,04	3.255
3	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten		20.927,58	11
4	sonstige betriebliche Erträge incl. Zinsen		316.498,58	398
5	Personalkosten			
	Löhne und Gehälter	7.216.074,55		
	Soziale Abgaben	1.513.128,28	8.729.202,83	8.069
6	Abschreibungen auf das Anlagevermögen		153.261,41	154
7	Aufwendungen aus der Zuführung in Sonderposten		61.277,08	39
8	Sonstige betriebliche Aufwendungen		3.613.645,55	2.553
9	Jahresfehlbetrag / Jahresüberschuss		280.219,81	325
10	Entnahme aus Rücklagen für satzungsmäßige Zwecke		141.490,99	0
11	Einstellung in Rücklagen für satzungsmäßige Zwecke		421.710,80	325
12	Bilanzgewinn		0	0
Berlin, den 14. Dezember 2022				

Notdienst für Suchtmittelgefährdete und -abhängige Berlin e.V.
Bilanz Aktiva 2021

			31.12.2021 €	31.12.2020 Tsd €
A.	Anlagevermögen			
	I. Sachanlagen			
	1. Software	70.940,77		87
	2. Mietereinbau	69.192,00		87
	3. Fuhrpark	3.719,00		14
	4. Betriebs- und Geschäftsausstattung	86.221,90	230.073,67	38
	II. Finanzanlagen			
	1. Genossenschaftsanteile		10.000,00	10
B.	Umlaufvermögen			
	I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		1.122.749,63	924
	II. Guthaben bei Kreditinstituten und Kassenbestand		4.194.895,02	3.396
C.	Rechnungsabgrenzungsposten		27.251,40	
	Bilanzsumme		5.584.969,72	4.556
Berlin, den 14. Dezember 2022				

Notdienst für Suchtmittelgefährdete und -abhängige Berlin e.V.
Bilanz Passiva 2021

			31.12.2021 €	31.12.2020 Tsd €
A. Eigenkapital				
I. Rücklagen für satzungsmäßige Zwecke (Betriebsmittel-, Investitionsrücklage, Freie Rücklage u.a.)			3.428.823,57	3.149
III. Bilanzgewinn / -verlust			0,00	0
B. Sonderposten für zuwendungsfinanziertes Anlagevermögen			80.661,90	40
C. Rückstellungen			792.866,55	609
D. Verbindlichkeiten				
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	251.871,96			
2. sonstige Verbindlichkeiten	791.990,60		1.043.862,56	442
E. Rechnungsabgrenzungsposten			238.755,14	316
Bilanzsumme			5.584.969,72	4.556
Berlin, den 14. Dezember 2022				

6. Fazit

Die Pandemie hat uns wie im vergangenen Jahr auch weiterhin sehr beeinflusst. Das Maskentragen, die regelmäßigen Covid-Testungen, das Abstandsgebot etc. und vor allem die individuellen Unsicherheiten im Umgang mit der Pandemie erschwerten es Mitarbeitenden und Klient*innen gleichermaßen, die Betreuungsziele zu erreichen. Gleichwohl haben wir festgestellt, dass vor allem ab dem 3.Quartal 2021 die Betreuungszahlen und Betreuungsintensitäten wieder zugenommen haben. Unsere Klient*innen wollten unsere Angebote wieder annehmen und fragten diese vermehrt nach. Das freut uns natürlich sehr.

Aber auch unsere Bau- und Entwicklungsprojekte in der Bülowstraße 106 (Drogennotdienst mit Kontaktladen) und in der Rathenower Straße 16 (Krisenwohnung) hat die Pandemie beeinflusst. Zwar sollten beide Projekte am Ende des Berichtsjahres schon abgeschlossen sein, doch durch Lieferengpässen bei Baumaterial, Personalengpässen bei den beauftragten Unternehmen etc. lies sich der Zeitplan nicht halten. Die Eröffnungen der Projekte mussten ins Jahr 2022 verschoben werden.

Ebenso bleibt die Absicherung einer guten Bezahlung unserer Mitarbeiter*innen ein dauerhaftes Thema. Die Übernahme der S+E Tabelle hat eine deutliche Erhöhung der Gehälter der pädagogischen Mitarbeiter*innen, vor allem der Sozialarbeiter*innen mit sich gebracht hat. In den Zuwendungsprojekten wurden die Mittel für die Erhöhung bereitgestellt. In den Entgeltprojekten reichen die pauschalen Erhöhungen in den kommenden Jahren voraussichtlich nicht aus, so dass wir uns spätestens in 2023 auf den Weg zu Einzelverhandlungen werden machen müssen. An der Diskussion über Möglichkeiten der Einführung eines Flächentarifs für soziale Träger beteiligen wir uns weiterhin. Die Raumfrage ist und bleibt für uns ein ausgesprochen schwieriges Thema. Trotz umfangreicher Bemühungen war es nicht möglich, Räume für den dauerhaften Betrieb der AID Kreuzberg zu finden. Damit steht der Betrieb einer der großen Berliner Substitutionspraxen, die mehr als 300 suchtkranke Menschen versorgt, nach wie vor vor einem riesigen Problem. Auch hier bleiben wir dran.

Wir bedanken uns herzlich bei allen, die die Arbeit des Notdienstes unterstützen

Petra Israel-Reh & Michael Frommhold

Notdienst für Suchtmittelgefährdete und -abhängige Berlin e.V.

Genthiner Straße 48, 10785 Berlin

T: 030 – 233 240 100

F: 030 – 233 240 101

E-Mail: info@notdienstberlin.de



drogennotdienst.de



[drogennotdienst](https://www.instagram.com/drogennotdienst)



[notdienstberlin](https://www.facebook.com/notdienstberlin)



Notdienst für Suchtmittelgefährdete
und -abhängige Berlin e.V.